

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.
Postzeitungsliste Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die gespaltene Zeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 585

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Dienstag
mittag 12 Uhr.
Zuschriften, Abonnementbestellungen
etc. sind an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

IV. Generalversammlung des christl.-soz. Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Der dritte Verhandlungstag wurde eingeleitet durch die Erziehung des Vorstandes und Ausschusses.

Hierzu lagen zwei Anträge vor, von Mannheim und Oberhausen. Ersterer verlangte bei der Vorstandswahl ein Mitglied aus Süddeutschland hinzuzuwählen, letzterer die statutarische oder protokol- larische Festlegung, daß der Vorstand aus beiden Kon- fessionen in gleicher Zahl vertreten sein sollte. Hier- gegen wurden vom Verbandsvorsitzenden Wieber und andern Rednern geltend gemacht, daß, wenn Süd- deutschland vertreten sein sollte, auch die andern Be- zirkte ein gleiches Anrecht hätten. Dann würde der Vorstand aber so zersplittert, daß eine Arbeit un- möglich würde. Ebenso könne nicht schematisch festge- legt werden, welcher Konfession ein Vorstandsmit- glied angehören müßte. Praktisch würde es auch heute schon gehandhabt, daß beide Konfessionen ver- treten seien. Aber die Frage dürfe nicht zuerst lauten: Was ist der Kollege, sondern wie ist derselbe. Aus- all diesen Gründen sei eine statutarische Festlegung unannehmbar. Außer dem Bergarbeiterverband habe es kein anderer christlicher Verband festgelegt. In gleichem Sinne äußerte sich der Vertreter des Ge- samtverbandes, Stegerwald. Beide Anträge wurden abgelehnt.

An Stelle des bisherigen zweiten Verbands- vorsitzenden, Kollege Hoff, welcher seinen Beruf ge- wechselt, wurde Kollege Rost gewählt. Des ferneren wurden in den Zentralvorstand neu- resp. wieder- gewählt: Keker (Duisburg), Pahn (Saar), Frieje (Duisburg), Gilling (Wichum), Bode (Essen). In den Ausschuß werden gewählt Giesbertz (M.-Gladbach), Wolfs (Aachen), Girts (Saar), Döring (Köln), Gekers (Duisburg).

Es erfolgte hierauf Beratung der Statuten und der gestellten Anträge. Als Referent hierzu fungierte Girtler-Essen.

Ein Antrag, den Wochenbeitrag auf 60 Pfg. zu erhöhen, wurde mit Rücksicht auf die im Ja- nuar erfolgte Erhöhung auf 50 Pfg., abgelehnt. Den Ortsgruppen wurde aber der dringende Wunsch nahegelegt, überall einen Lokalbeitrag von min- destens 10 Pfg. einzuführen, wodurch dieselben in der Lage sind, manche notwendige Extrazugaben bestreiten zu können. Desgleichen wurden die Anträge auf Staffelbeiträge von 30 und 50 Pfg. oder 55 Pfg. abgelehnt mit der Motivierung, daß es in der Metallindustrie mit den vielseitigen und verschie- denartigen Löhnen es ungeheuer schwer halte, bei den einzelnen Mitgliedern festzustellen, was sie ver- dienen, mithin die Gefahr bestehe, daß sich alle zu den niederen Beiträgen hindrängen; dadurch aber werde der Verband in seiner Leistungsfähigkeit ge- fährdet. Ferner wurde von verschiedenen Rednern geltend gemacht, daß, falls später einmal Staffel- beiträge eingeführt werden sollten, der niedrigste Satz doch nicht unter 50 Pfg. betragen dürfe. Angenom- men wurde der Zusatzantrag: Invalide gewordene Mitglieder können sich durch Zahlung eines Wochen- beitrags pro Monat das Sterbegeld sowie den Bezug des Verbandsorgans sichern. Des ferneren fand ein Antrag Annahme, bei Uebertritten aus anderen Ver- bänden sollen die gezahlten Beiträge des letzten Jah- res des betreffenden Mitgliedes umgerechnet wer- den in geleistete Beiträge unseres Verbandes und so viel Wochenbeiträge unseres Verbandes darin ent- halten sind, dem Uebertrittenen als Karenzzeit an- gerechnet werden.

Eine sehr eingehende Debatte entspann sich bei Festlegung der Unterstützungen. Hierzu lagen eine Reihe Anträge vor, wovon ein Teil der Anträge die Unterstützungen herabgesetzt verlangte gegenüber dem im Statut festgesetzten Normen; dagegen war ein an- derer Teil für eine Erweiterung derselben. Nach stundenlangem Beratung, wo alles für und gegen sehr eingehend erörtert, wurde beschlossen, daß seitherige Statut zu belassen mit der Aenderung, daß die Er- werbslosenunterstützung bei Krankheit nach der zwei- ten Woche in Kraft tritt. Ein Antrag, Mitgliedern welche erst mit 50 Jahren dem Verbands beitreten, nur die Hälfte der Unterstützung zu gewähren, wurde ebenfalls als noch nicht zeitgemäß abgelehnt.

Der Antrag, die Wanderunterstützung statt nach Tagen, nach der zurückgelegten Kilometerzahl zu be- rechnen, wurde als zu kompliziert ebenfalls abge- lehnt, weil damit den Ortsgruppen zu viel Schwie- rigkeiten erwachsen bei der Auszahlung der Wan- derunterstützung.

Zu § 11. Streikunterstützung waren eine Reihe Anträge eingebracht, welche die Streikunterstützung teils vom 1. Tage ab eintreten lassen wollen, teils eine Erhöhung befürworteten. Es wurde beschlossen, unter Ablehnung der Anträge es bei der Fassung des Statuts zu belassen mit der Begründung, daß eine weitere Steigerung der Streikunterstützung bei den jetzigen Beiträgen nicht möglich, andererseits die Un- terstützungen aber auch so hohe seien, daß in manchen Orten der Lohn kaum höher sei, wodurch große Un- zuträglichkeiten entstehen müßten. Diejenigen Orte, welche hohe Löhne verdienen und teure Lebensbeding- ungen haben, können durch Einführung eines hohen Lokalbeitrages eine Extrazulage gewähren. Es wurde besonders auf manche Städte hingewiesen, wo andere Organisationen einen Lokalbeitrag bis zu 30 Pfg. und mehr erheben; selbstverständlich sind dieselben dann auch in der Lage, Extrazuschüsse bei Streiks usw. zu gewähren.

Zu § 24 wurde ein Antrag angenommen, daß in Zukunft anstatt wie bisher auf 300 Mitglieder ein Delegierter zur Generalversammlung, jetzt erst auf 600 Mitglieder ein solcher entfallen soll.

Zu § 32 betr. Verbandsorgan wird beschlossen, daß in Zukunft die Annoncen in der Regel in Weg- fall kommen sollen. Mit der Regelung der weiteren Ausgestaltung wird der Vorstand beauftragt.

Zu § 33 wünschen eine Reihe Ortsgruppen einen höheren Prozentsatz zur Bestreitung der örtlichen Un- kosten. Es wurde beschlossen, es bei dem bisherigen Zustand, wonach 15 Prozent der Einnahmen der Ortsverwaltung verbleiben, wovon die Hälfte an die Bezirksverwaltung abgeführt werden soll.

Der Einwand verschiedener Ortsgruppen, daß 15 Prozent zu wenig seien zur Bestreitung der Ver- waltung wurde mit Recht zurückgewiesen. Die Ein- nahmen der Ortsgruppen sind bei 50 Pfg. Wochen- beitrags fünfmal so groß als in den Anfangszeiten des Verbandes, wo nur 10 Pfg. gezahlt wurden. Die Verwaltung aber erfordert heute nicht mehr, als auch in den verflohenen Jahren. Außerdem wird an vielen Orten nicht mit der nötigen Sorgfalt mit den verbleibenden Geldern gewirtschaftet. Auch sind die 7 1/2 Prozent, welche an die Bezirksklassen abzu- liefern sind, für die Ortsgruppen nicht verloren, da ja die Agitationskosten zum Teil davon bestritten werden. Ein Antrag, den Ortsgruppen in Zukunft nur 10 oder 12 Prozent zu überweisen, alles an- dere der Zentralkasse zuzuführen, fand ebenfalls keine Annahme. Ebenso fand der Antrag: Ortsgruppen unter 100 Mitgliedern von der Abführung der 7 1/2 Prozent an die Bezirksklasse zu befreien, keine An- nahme.

Aus mehreren Bezirken lagen Anträge vor auf Freistellung von Beamten für ihren Bezirk. Die An- träge werden sämtlich dem Vorstand zur Berücksich- tigung überwiesen. Dasselbe geschah mit einer Reihe anderer Anträge auf Einführung von Neuerungen, die sich nicht direkt auf das Statut bezogen.

Ein Antrag der Ortsgruppe Duisburg, die nächste Generalversammlung in Duisburg abzuhalten, wird ebenfalls dem Vorstande zur Erwägung anheimge- geben.

Es soll dem Vorstand überlassen bleiben, den Tagungsort der nächsten Generalversammlung zu bestimmen.

Dem Zentralvorstand wurde ferner die Voll- macht erteilt, falls vor der nächsten Generalver- sammlung eine anderweitige Regelung des Unter- stützungswezens oder der Beiträge notwendig wird, die nötigen Anordnungen zu treffen.

Es erfolgte dann der Punkt Tarifvertrag. Das Referat hatte Kollege Breddemann-Gelsenkirchen über- nommen. Es seien hieraus einige Gedanken wieder- gegeben. Redner schilderte zunächst die Bedeutung und Wesen der Tarifverträge. Träger können nur die beiderseitigen Organisationen sein. Wenn auch theo- retisch eine Tarifgemeinschaft durch Unorganisierte getragen werden könnte, so sei dies indes praktisch undenkbar. Von England sei um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der Tarifgedanke nach Deutschland ge- tragen worden. Aber erst in den letzten Jahren habe der Tarifgedanke bei uns größere Verbreitung gefun- den; so sei er im graphischen Gewerbe ziemlich voll- endet ausgebaut. Wenn man auch in einem gewis- sen Sinne von einem Siegeszuge der Tarifgemein- schaft in manchen Gewerben reden könne, so habe doch die Idee noch viele Feinde; besonders in Kreisen der Gusindustrie. Redner widerlegte eingehend die von diesen gemachten Einwendungen. Neben dem Scharf- machertum sei auch der Radikalismus in der Ar- beitererschaft den Tarifgemeinschaften schädlich. Auf die rechtliche Seite eingehend, hob Redner besonders her- vor, daß die Gesetzgebung mehr mit den Tarifge- meinschaften in Einklang gebracht werden müsse, und behauptete zum Schluß die Wichtigkeit der Tarif- verträge auch für die Metallindustrie, welche sich bis jetzt noch am meisten dagegen gestraubt habe. Aufgabe der Metallarbeiter sei es in Zukunft, dieser Frage mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Gegen Schluß der Sitzung erschien noch Herr Reichstagsabgeordneter Sittart von Aachen, von den Delegierten lebhaft begrüßt. Derselbe beehrte eben- falls die Generalversammlung durch eine Ansprache. Der Herr Abgeordnete bedauerte zunächst, daß er durch den Tod des früheren Abgeordneten Mooren nicht eher den Verhandlungen habe beizuhören können. Ausdrücklich wolle er es vor ganz Aachen aussprechen, daß er als Vertreter der alten Kaiserstadt voll und ganz auf dem Boden der christlichen Arbeiterbewegung stehe. Was dieselbe vor einer anderen großen Bewe- gung auszeichne, sei, wie wiederholt betont worden, der Umstand, daß sie dem Frieden und nicht dem Kampfe diene. Fürst Bismarck hat einmal im Reichstag erklärt: „Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Kri- tik, die eine rein negative darstellt, gibt es eine solche, die eine Besserung der Verhältnisse erstrebt und nur darauf hinausläuft. Und das letztere ist eine gesunde Kritik.“ Gewiß, meine Herren, auch Sie üben Kri- tik. Mag dieselbe auch manchmal unangenehm emp- funden werden, so möge man doch nicht vergessen, daß dieselbe gerade auf eine Besserung der wirt- schaftlichen Verhältnisse hinausläuft. Und dazu sind Sie zweifellos berechtigt. Wenn Sie sich dazu noch ferner vom Geiste des Christentums leiten lassen, dann ist es leider zu bedauern, daß noch so viele Tar-

sende Ihnen fernstehen. Gewiß gibt es, wie überall, auch bei den Arbeitern noch Mängel und Fehler, aber das ist gerade die Organisation berufen, dieselben zu beheben. Und darum arbeiten Sie nützlich weiter; viele Freunde haben Sie schon im bürgerlichen Lager und viele werden noch hinzukommen. Sie tragen unter der Devise: „Gott segne die christliche Arbeit“. Möge dieselbe allzeit Ihnen voranleuchten, zum Wohle Ihres Standes und des gesamten deutschen Volkes. Und in diesem Sinne rufe ich Ihnen denn auch zu: „Gott segne die christliche Arbeit“. (Lebhafter Beifall.) Der Vorsitzende Wieber sprach dem Abgeordneten für seine freundlichen Worte den herzlichsten Dank aus.

Hiermit schloß die öffentliche Tagung. Am Mittwoch, dem vierten Verhandlungstage, fand geschlossene Sitzung statt. Es wurde verhandelt über: Agitation, Taktik, und Verwaltung. Gegen 2 Uhr nachmittags wurde die Generalversammlung vom Verbandsvorsitzenden Wieber mit einem Hoch auf den christlichen Metallarbeiterverband geschlossen.

Mit Befriedigung können nicht bloß die Delegierten, sondern der ganze Verband auf die 4. Generalversammlung zurückblicken. Keiner unserer vorherigen Tagungen wurde so viel Aufmerksamkeit geschenkt wie der verfloßenen in Nachen.

Drei Parlamentarier nahmen Gelegenheit, zu erscheinen, und dem Verbands ihre Sympathie auszusprechen. Mögen die Wünsche, welche am Schlusse der Tagung zum Ausdruck gebracht wurden, — bis zur nächsten Generalversammlung die Mitgliederzahlen zu verdoppeln — in Erfüllung gehen. Hierzu mitzuwirken sollen Vorstand, Beamte und Delegierte mit einander weitestmöglich in der Agitation. Aber auch jedes einzelne Mitglied muß hier mithelfen. Wenn jedes Mitglied sich befreit, nur ein einziges Mitglied zu gewinnen, so ist das Ziel erreicht.

Deshalb mit Mut, Ausdauer und Begeisterung in die Werbearbeit eingetreten, uns gehört die Zukunft.

Gott segne die christliche Arbeit!

Ueber hohe Fleischpreise

bringt die Soziale Korrespondenz einen bemerkenswerten Artikel, aus der Feder eines Beamten, der weitere Beachtung verdient: Es heißt da:

„Länger als ein Jahr bestehen die hohen Fleischpreise. Das vor einigen Monaten eintretende Sinken derselben hat nur allzu kurze Zeit gewährt und augenblicklich stehen die Preise höher als je. Die schönen Versprechen über ein baldiges Sinken derselben, die von den landwirtschaftlichen Vertretern schon vor Jahresfrist gemacht wurden, sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Und auch für die Folgezeit dürfte eine Verringerung der Fleischpreise nicht zu erwarten sein. Selbst Marktberichte landwirtschaftlicher Zeitungen geben offen zu, daß aller Wahrscheinlichkeit nach sich vorläufig die Verhältnisse im Viehhandel kaum wesentlich ändern würden und weiterhin mit guten Preisen zu rechnen sei.

Wir gönnen gewiß allen Produzenten und auch den Landwirten gute Preise für ihre Erzeugnisse. Aber diese dürfen doch dauernd nicht so hoch sein, daß andere Erwerbskreise länger darunter zu leiden haben. Ein täglicher Genuß von 1—1½ Pfund Fleisch dürfte für eine 4—6köpfige Beamtenfamilie doch wohl als Minimum zu fordern sein. Aber bei einem Einkommen von 1400—1500 Mk. kann sie sich einen solchen Genuß nicht gestatten, solange allein für Fleisch in dieser geringen Menge täglich 1,20 bis 1,50 Mark zu verausgaben sind. Für eine kinderreiche Familie ist deshalb die genügende Versorgung mit Fleisch zurzeit ganz unmöglich. In weit härteren Maße wird der größte Teil der Arbeiterfamilien von den hohen Fleischpreisen getroffen. Auf dem Tische eines Arbeiters dürfte ein Stück Fleisch schon längst als ein Vederbissen gelten.

Man verweist nun auf das Steigen der Löhne und Gehälter, um damit anzudeuten, daß die Beamten und Arbeiter eine solche Erhöhung der Fleischpreise doch auch wohl tragen könnten. Aber das ist ein Irrtum. Ganz abgesehen davon, daß eine Lohn- und Gehaltserhöhung keineswegs überall stattgefunden hat, wird eine Einkommenssteigerung durchweg reichlich wettgemacht durch die höheren Preise für andere wichtige Nahrungsmittel und Lebensbedürfnisse. In Zeiten einer aufsteigenden Wirtschaftsprüfung, die verbunden ist mit einer nicht unerheblichen Steigerung der Produktionskosten, wollen wir gewiß auch dem Landwirt das Recht nicht streitig machen, für seine Produkte Preise zu erzielen, die die Kosten decken und einen angemessenen Gewinn abwerfen. Daß aber die gegenwärtigen Fleischpreise entschieden zu hoch

sind und nur von wenigen gezahlt werden können, wird doch auch jeder vernünftige Landwirt zugeben müssen.

Weiter wird man auf die Verteuerung des Viehschlachthandels verweisen. Das mag zum Teil berechtigt sein, aber die Versuche, die angestellt worden sind zur Beseitigung der hier etwa bestehenden Anzuträglichkeiten haben einen Erfolg nicht zu zeitigen vermocht. Die Fleischpreise sind gleichwohl weiter gestiegen. Einrichtungen dieser Art, wie Viehverwertungsvereinigungen u., können aber auch wenig nützen, solange ein Mangel an Vieh besteht. Viehmangel ist aber in erster Linie die Ursache der hohen Viehpreise. Die Statistik zeigt das ganz deutlich. Die Zahl der im 2. Vierteljahr 1906 erlosenen Schlachtungen in Preußen zeigt gegen dasselbe Vierteljahr 1905 nicht eine weitere Abnahme für Kühe, Rinder, Kälber, Schweine. Die geringe Zunahme für Ochsen und Bullen kann den Ausfall für die genannten Gattungen bei weitem nicht decken. Allein für Schweine beziffert sich der Ausfall auf rund 62 000 Stück. Dabei ist zu bedenken, daß auch das 2. Vierteljahr 1905 bereits unter dem Zeichen einer Viehknappheit stand.

Angesichts dieser Verhältnisse sollte doch auch die Regierung endlich einmal versuchen, durch positive Maßnahmen Abhilfe zu schaffen und uns nicht immer mit leeren Versprechungen und wenig tröstlichen Hinweisen auf bessere Zeiten, wo die Fleischnot wieder abflauen soll, abfinden. Die größere Anzahl der Konsumenten vermag es nicht zu verstehen, daß die Regierungen nicht dazu übergehen, zu gestatten, daß aus den Nachbarländern eine größere Menge Vieh, — selbstverständlich unter den nötigen Schutzmaßnahmen — eingeführt werden kann, da doch auch ein Import von 130 000 Stück Schweinen aus Rußland gestattet ist. Vor einigen Tagen ging auch eine Notiz durch die Zeitungen, daß das Staatsministerium von Sachsen-Anhalt-Gotha die Einfuhr von Schlachtvieh aus Oesterreich-Ungarn zu sofortiger Abschichtung in den Schlachthöfen von Asburg und Gotha gestattet habe. Das Schlachtvieh muß ohne Umladung bis zum Bestimmungsort, der für anderes Vieh unzugänglich ist, befördert werden. Beim Ausladen erfolgt die tierärztliche Untersuchung; die Wagen werden desinfiziert; für die Behandlung der Tiere ist ein besonderes Personal bestimmt. Kein Stück darf lebend das Schlachthaus verlassen, innerhalb 4 Tagen muß das Vieh geschlachtet sein.

Dieses den Wünschen der Bevölkerung entgegenkommende Handeln ist freudig zu begrüßen. Aber was ein Herabgang Sachsen-Anhalt-Gotha kann, sollten doch auch andere Staaten zu Wege bringen können.

Für unseren Bezirk dürfte bei einigermaßen gutem Willen die Frage sehr leicht zu lösen sein. Duisburg, Oberhausen, Essen, Düsseldorf und zahlreiche andere Großstädte sind durch direkte Schienenstränge mit Holland verbunden, von den Bahnhöfen führen ebenfalls Anschlußgleise zu den Schlachthöfen, dort kann das Vieh sofort abgeschlachtet werden, es ist also gar keine Möglichkeit vorhanden, daß das Vieh mit deutschem Vieh zusammenkommt, weshalb eine Ansteckungsgefahr nicht im geringsten vorhanden ist. — Deshalb muß der Ruf immer wieder erschallen: „Öffnet die Grenzen!“

Wir können uns diesem Rufe nur anschließen und sind der Meinung, die Volksvertretung im Reichstage hat allen Grund, mit aller Energie dahin zu wirken, daß Remedur geschaffen wird. So wie bisher kann es dauernd nicht weiter gehen, wenn die große Masse des Volkes nicht schwer geschädigt werden soll.

Neues vom „Geheimprotokoll“

Diese Fundgrube scheint schier unerschöpflich zu sein; nachdem der Vorwärts den Abschnitt über „Partei und Gewerkschaften“ veröffentlicht hat, verbreiten die radikaleren Genossen einen anderen Abschnitt, der sich mit Generalstreik u. Generalstreikfonds beschäftigt. Sie erklären, daß sie sich mit dieser Veröffentlichung den Dank der deutschen Arbeiterklasse verdienen wollen und sich in diesem Glauben durch etwaiges Geschwätz der Verbandspresse über Verrat nicht irritieren lassen werden.

Aus diesem Protokoll seien folgende Einzelheiten wiedergegeben:

Silberschmidt, Mitglied der Generalkommission, sagte: Die meisten großen Ausperrungen sind zu Ungunsten der Arbeiter verlaufen, was doch zum Nachdenken Anlaß geben sollte. Es müsse erwogen werden, ob sich gegen diese Ausperrungen von Seiten der Genossenschaft nichts unternehmen läßt. Freilich fehle es unter den gegenwärtigen Verhältnissen an den notwendigen Mitteln, um einen derartigen Abwehrkampf großen Stils führen zu kön-

nen. Wenn aber ein Kampf kommen sollte, bei dem das Objekt die Opfer wert ist, dann müsse doch einmal der Frage näher getreten werden, ob nicht mit Hilfe aller Gewerkschaften eine solche Kampfprobe zum vollen Austrag gebracht werden müsse. Was die Frage der Ausbringung der notwendigen Mittel anbelangt, so müßten diese allerdings nicht durch Sammlungen, sondern durch ein allgemeines Umlageverfahren aufgebracht werden.

Schmidt (Generalkommission): Es ist richtig, daß wir im allgemeinen keine großen Freunde von Massenaktionen sind. Aber es sind Ereignisse eingetreten, die doch ein Abgehen von unseren Beschlüssen hier und da notwendig machen. Es gibt Gewerkschaften, denen Zuminutungen gestellt werden, die man ändern nicht stellen kann. Es sei kein auf die Dauer erträglicher Zustand, daß zum Beispiel die Metallarbeiter in Berlin bei 57 000 organisierten Arbeitern nicht in der Lage sind, allgemeine Tarifverträge zu erzwingen. Bei jeder Lohnforderung, selbst bei bescheidensten, wird den Arbeitern die Aussperrung angedroht. Das können wir auf die Dauer nicht ruhig mit ansehen. Diese Unternehmer erklären, daß sie nie und nimmer auf Tarifverträge einzulassen. Die hier notwendigen Kämpfe können die Metallarbeiter nicht allein führen. Diese Frage sollte aber nur im engsten Rahmen, nicht einmal in der Fachpresse besprochen werden. Er stimme Silbermann darin zu, daß sehr sorgfältig das geeignete Objekt ausgesucht werden müsse. Mit den Textilarbeitern könne ein solcher Kampf nicht ausgefochten werden.

Scherer (Metallarbeiter): Die Metallarbeiter selbst, die doch am meisten bei der Sache in Frage kommen würden, verzichten darauf, als Versuchslaninchen zu dienen. Sein Verband habe genug andere Pläne.

von Elm-Sambura: Das Prahlern mit Erfolgen ist auch eine Sache, die ihre Gegner hat. Die Mißerfolge schaffen wir damit nicht aus der Welt. Der Plan der Generalkommission, einen Generalstreikfonds zu schaffen, wird und muß wiederkehren; die Entwicklung drängt dazu. Die Unternehmer sind uns in dieser Hinsicht schon vorgeeilt.

Rackow: Den Ausführungen Schmidts, der so eine Art von „kleinem Generalstreik“ wollte, könnte er nicht zustimmen; dabei würden wir erst recht unsere Blößen zeigen. Die Unternehmer wissen oftmals gar nicht, wie schwach wir eigentlich sind.

Rube: Die Frage muß lauten: Wie begegnen wir der Aussperrungstaktik der Unternehmer? In fast allen Fällen, in denen man an die Generalkommission wegen Streikunterstützung herantrat, waren die Kämpfe schon so gut wie verloren. Die Ausschreibung allgemeiner Sammlungen habe unter solchen Umständen etwas Bedenkliches; sie zeige nur, wie Rackow mit Recht sagte, unsere Blöße, denn wenn ein solcher aus allen Mitteln unterstützter Streik verloren gehe, dann sei das eine Niederlage der gesamten Gewerkschaft.

Beschlüsse werden in dieser Konferenz nicht gefaßt; wie Silbermann hervorhob, sollte zunächst nur festgestellt werden, ob es noch andere Mittel gäbe, der Taktik der Unternehmer entgegenzuwirken.

Der Vorwärts ist ganz wütend. Er schreibt: „Wer es fertig bringt, der Öffentlichkeit und damit dem Unternehmertum Erörterungen über die Abwehrtaktik der Arbeiterschaft gegenüber den Aussperrungspraktiken der Scharfmacher mitzuteilen, der mag sich schütteln so viel er will, der berechtigte Vorwurf des Verrätertums an der Arbeiterbewegung bleibt an ihm hängen! Nicht einmal die Kommissie einer Selbsttäuschung über die Wirkung einer solchen Veröffentlichung würde die Arbeiterschaft von der richtigen Einschätzung einer solchen Perfidie abzubringen vermögen!“

Aber hat denn nicht der Vorwärts selbst aus dem gleichen Protokoll einen langen Abschnitt gegen den ausdrücklichen Willen der Beteiligten veröffentlicht? Das ist natürlich „ganz was anderes“. Wahrscheinlich werden ihm übrigens die Anarchisten noch weiteren Kummer bereiten, denn sie sollen noch mehr von dem Geheimprotokoll auf Lager haben.

Erstulich ist es ja, daß sich die Metallarbeiter nicht zum Versuchskaninchen hergeben wollen. Metallarbeiter, haltet die Augen offen!

Auch die Taktik bei Streiks spielt im „Geheimprotokoll“ eine Rolle.

Scherer (Metallarbeiter) führte aus: Wir müssen die Taktik, Teilerfolge zu erringen, weiter verfolgen. Wenn wir alle Gewerkschaften zur Unterstützung anrufen wollen, so ist der einzige Erfolg, daß schließlich alle Gewerkschaften lahmgelegt werden.

Simon (Schuhmacher) kann diese Ansicht nicht teilen. Die Fabrikanten haben die Gemeinlichkeit ihrer Interessen auch erkannt. Die ganze Frage ist eine Geldfrage. Die Unternehmer rechnen damit, wie lange die Arbeiter es aushalten. Die Unternehmerrorganisation seines Berufes plane Bezirksausperrungen, damit die Klassenmittel der Arbeiter

desse schneller aufgebraucht werden. Es müsse unter- sucht werden, ob die Gewerkschaften diesem Vorgehen nicht ein gleiches entgegensetzen können. Gegenüber Rezhäuser wolle er betonen, daß Tarife nicht über- all so leicht abzuschließen sind wie bei den Buch- druckern; schon die technischen Verhältnisse bedingen das. Jede gelungene Aussperrung ist eine Stärkung der Position der Unternehmer, auf der anderen Seite oft zugleich eine Vahrlegung der Arbeiter auf Jahre hinaus.

Döblin: Es sei zu untersuchen, ob bei den letzten Aussperrungen die richtige Taktik angewandt sei. Die Organe der beteiligten Organisationen ha- ben sich selbst in scharfer Weise gegen ihre Mit- glieder erklärt. Bei der Metallarbeiterbewegung ha- ben doch die Unternehmer nicht jedes Entgegenkom- men abgelehnt. Da sei doch zu fragen, ob in sol- chen Fällen die Entscheidung immer einem kleinen Häuflein überlassen bleiben solle. Die Schreibweise der Parteipresse trage nicht dazu bei, die Verwir- rung in der Arbeiterkreise zu beheben. Die Mein- ung in den Zeitungsartikeln gehe darauf hinaus, daß die Massen den Streik zu beschließen und die Führer ihn zu gewinnen haben. An sich sei die Frage zum Teil schon durch die Erklärungen Sayers klärt. Wir brauchen deshalb die Sachen nicht zu überstürzen, da ein Bedürfnis zur schleu- nigen Erledigung dort, wo man es voraussetzt, nicht vorhanden zu sein scheint.

Sachs: Die Bergarbeiter haben im allgemei- nen mit Aussperrungen nicht zu rechnen. Dafür haben sie es bei ihrem Vorgehen oft mit Zehntaus- senden zu tun und haben deshalb ein Interesse, mit den übrigen Gewerkschaften in engster Fühlung zu bleiben. Jedenfalls müssen den Unternehmern die Aussperrungen abgewöhnt werden.

v. Elm: Mit der Taktik Sayers, zuerst da einzusetzen, wo das Kapital am schwächsten ist, könne keine Gewerkschaft auf Jahre hinaus agitieren; die Arbeiter in den kapitalkräftigen Industriezentren wollen auch mal Erfolge sehen. Auch das Baugewerke ist noch lange nicht über den Berg.

Waplow (Maurer): Heute leben die meisten Gewerkschaften selbst nur von der Hand in den Mund. Unsere Taktik muß dahin gehen, jederzeit den Kampf abbrechen und wieder aufnehmen zu können. So lange wir das nicht können, werden wir so weitgehende Pläne wie die der Generalkommission nicht verwirklichen können.

Die Geheim-Zirkulare des freien sozialdemokr. Metallarbeiterverbandes.

Aus verschiedenen Bezirken werden uns berar- tigte im geheimen verbreitete Zirkulare zugesandt, worin die Unterstüßungen und Kassenverhältnisse des freien und christlichen Metallarbeiterverbandes gegen- übergestellt und künstlich zugunsten des freien Ver- bandes dargestellt werden.

Daß schon Geheimzirkulare gegen den christlichen Metallarbeiterverband angewendet werden müssen, ist ein sehr erfreuliches Zeichen für die Position, die unser Verband sich errungen hat.

Daß der freie Verband im verfloßenen Jahre über 50 Pfennig-Beiträge erhoben, unser Verband bloß 30 Pfennig, dieses wird in dem Zirkular wohl- wäglich verschwiegen. Es ist dann ganz selbstver- ständlich, daß bei diesem ungleichen Beitrag auch die Einnahmen und Unterstützungssätze pro Kopf des Mitgliedes verschieden sein müssen, was aber durch- aus nicht zu ungunsten, sondern zu gunsten unseres Verbandes spricht.

Der Rechenkünstler glaubt sich darauf etwas zu- gute tun zu können, daß der freie Verband pro Kopf und Jahr 9 Mark 54 Pfg., und unser Verband 6 Mark 37 Pfennig für Streiks verausgabte. Auch hierbei hat unser Verband prozentual der Beitrags- höhe und Mitglieder mehr leisten müssen, als der freie Verband, indem der freie 19 Wochenbeiträge, unser Verband aber 21 Wochenbeiträge pro Mitglied dazu verwenden mußte.

Dann vor allem aber noch die Frage: sind für die verwendeten Gelder auch entsprechende Erfolge er- zielt worden? Bei Beantwortung dieser Frage fällt dieselbe zweifellos zugunsten des christlichen Metall- arbeiterverbandes aus, weil wir mit unseren Mit- gliedern im vorigen Jahre verhältnismäßig größere Er- folge erzielt haben, als der freie Verband. Es kommt nicht bloß darauf an, Millionen zu verstreifen, son- dern auch Erfolge zu erringen. Und da gab es leider im vorigen Jahre nur Niederlagen im „freien“ Ver- bande.

Wollens aber aus Kluntern geben sich die Rechen- künstler betreffs des Kassenvermögens pro Kopf der Mitglieder. Danach sollte der freie Verband 9,49 der christliche 7,54 Mk. aufweisen. Dem freien Ver- bande werden am Schluß des Jahres an Vermögen angerechnet 2 177 198,44 Mk., in Wirklichkeit aber war an verfügbarem Baarvermögen vorhanden laut Abrechnung vom Jahre 1905: Kassenbestand 18 604,82, Bankguthaben 977 083,—, ergibt eine Ge- samtsumme von 995 689 Mk. 82 Pfg.

Aus dieser nicht wegzuleugnenden Tatsache er- gibt sich, daß der freie Verband nicht 9,49 Mk., wie angegeben, sondern nur 3,83 Mk. pro Kopf der Mit- glieder aufweist. Dagegen der christliche Verband 7,54 Mark, also doppelt soviel an Baarmitteln pro Kopf der Mitglieder aufweisen kann. Zieht man in Betracht, daß der freie Verband 50, wir nur 30 Pfg. im verfloßenen Jahre an Beiträgen erhoben, dann erscheint die Finanzlage des freien Verbandes noch in viel ungünstigerem Lichte. Nach obigen Stichproben ist es zu verstehen, wenn die „freien“ Verbände in Geheimzirkularen arbeiten, um die ins Wanken ge- ratenen Scharen zum Stehen zu bringen.

Für unsere Kollegen muß jetzt, nachdem unser Verband eine so gesunde Entwicklung genommen, die Parole lauten: Mit aller Kraft weiter gearbeitet an der Ausbreitung des christlichen Metallarbeiter- verbandes. Dem Müttigen gehört die Welt.

Auf dem englisch. Gewerkschaftskongress,

welcher in Liverpool tagte, waren zirka 1 500 000 Ge- werkschafter vertreten. Bezüglich des Streikgesetzes erklärte das Parlamentsmitglied Schaderton, der Kon- gress müsse beschließen, daß keine Fassung des Streik- gesetzes als genügend betrachtet werden könne, so lange durch dieses Gesetz nicht die volle Unantastbarkeit der Gelder der Gewerkschaften gewährleistet werde. Wenn der Kongress diesen Beschluß faßte, so werde er da- durch die Stellung der Arbeiterpartei im Parlament stärken. Das von der Regierung entworfene Gesetz sei zwar anerkanntenswert, gestatte aber durch seine Fassung eine Auslegung, die gefährlich werden könne. Es müsse den Richtern unmöglich gemacht werden, das Gesetz gegen den Willen des Parlaments zu be- nutzen. Ein anderer Abgeordneter betonte ebenfalls, die Notwendigkeit eines klaren Wortlautes des Ge- setzes. Der Sekretär des Verbandes der Eisenbahner, Abg. Bell, gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß das Gesetz im Herbst in befriedigender Fassung zur Annahme gelangen werde. Der Kongress ging so- dann zu der Besprechung der Entsendung einer Ab- ordnung an die frühere Duma in Rußland über. Diese Abordnung soll eine Denkschrift überbringen, die von 300 Mitgliedern des Parlaments, leitenden Gewerkschaftsführern und Gewerkschaftlern unterzeichnet ist und sich zugunsten der Duma ausspricht. Einer der Delegierten meinte, ob man vorher das Sehen der nach Rußland zu entsendenden Vertreter versichern werde. Ein anderer fügte hinzu: „Wenn wir sie nach Rußland schicken, werden sie nie wiederkommen und wir können unseren Präsidenten (dieser soll ein Mit- glied der Deputation sein) noch nicht entbehren. Jeden- falls müssen wir ihnen bombensichere Anzüge ver- schaffen.“ Nachdem sich die Heiterkeit gelegt hatte, wurde der Antrag, den Präsidenten und den Sekretär des parlamentarischen Komitees nach Ruß- land zu senden, angenommen. Weitere Res- olutionen bezogen sich auf Einführung eines geeigneteren Systems für Fabrik-Inspektion und auf die Notwendigkeit, daß alle Per- sonen, die mit Dampfmaschinen und Kesseln zu tun haben, im Besitze von Fähigkeitszeugnissen sind. Der Premierminister soll ersucht werden, die Wohnungs- frage bereits in der nächsten Parlamentssession zur Sprache zu bringen. Der Befürworter dieses An- trages erklärte unter dem Beifall der Versammelten, daß die Regierung ein Hinausschieben einer Gesetz- gebung in bezug auf diese Frage nicht wagen könne, ohne ihre augenblickliche Stellung zu erschüttern. — Das Parlamentsmitglied Clynes brachte darauf eine Resolution zugunsten der Verkürzung der Arbeitsstun- den auf 8 Stunden pro Tag oder 48 Stunden pro Woche ein. Auf diese Weise werde es möglich sein, vielen der Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen. Bei den Wahlen müsse den Kandidaten die Befürwortung dieser Verkürzung der Arbeitsstunden zur Pflicht ge- macht werden. Bei den Eisenbahnern fand dieser An- trag lebhaften Unterstützung, und er wurde einstimmig angenommen. Zwischen den Vertretern des Verban- des der Bergleute von Großbritannien und den Ver- tretern des Bergarbeiterverbandes von Durham kam es jedoch in bezug auf den achtstündigen Arbeitstag zu einer heftigen Auseinandersetzung, weil ein Ver-

treter des letztgenannten Verbandes sich im Parlamen- gegen einen gesetzlich vorgeschriebenen Achtstundentag ausgesprochen hatte. Die Vertreter des Verbandes in Durham gaben schließlich zu, daß es nicht un- möglich sei, daß sie demnächst ihre Ansicht zugunsten des gesetzlichen Achtstundentages ändern würden. Vor- läufig seien sie in dieser Frage neutral. Ein schot- tischer Vertreter verlangte, daß das parlamentarische Komitee einen Gesetzentwurf ausarbeiten solle, durch den die Unternehmer daran verhindert würden, Ar- beiter und deren Familien aus ihren Wohnungen zu treiben, während sie im Streik stünden. Liberale und Tories hätten bei Streiks und Ausschüssen diese Waffe verwendet. Der Premierminister sei in Schot- land darauf aufmerksam gemacht worden, und es müsse zu seiner Ehre gesagt werden, daß er erklärt habe, dies Verhalten der Unternehmer sei brutal, und das Parlament habe die Pflicht, dagegen einzu- schreiten. Diese Mitteilung rief große Begeisterung hervor. Der Antrag wurde stürmisch angenommen. Ein weiterer Antrag richtete sich gegen die unbeschränkte Verwendung ungeschulter, ausländischer Ar- beiter in englischen Bergwerken. Ein amerikanischer Delegierter überbrachte die Grüße der amerikanischen Vereine. Wenn die Arbeiter Englands und Amerikas Hand in Hand arbeiteten, so wäre ein vollständiger Sieg lediglich eine Frage der Zeit. Die amerikanischen Arbeiter seien, wie ihre englischen Brüder, der An- sicht, daß die Kriegsrüstungen, im Interesse des all- gemeinen Friedens eingeschränkt werden müßten.

Der Kongress beschäftigte sich auch mit der Frage allgemeiner Alterspensionen, den Schiedsgerichten und dem Militarismus, den Mindestlöhnen der Regier- ungsarbeiter und anderem. Die Alterspensionen, wurden durch den Generalsekretär der Maschinenbauer, Barnes, befürwortet. Barnes betonte, daß der Staat früheren Ministern heute die Summe von nicht weni- ger als 110 000 Pfd. St. auszahle, daß er aber erkläre, mittellos zu sein, sobald es sich darum handele, alte Arbeiter zu unterstützen. Wenn die Herren vom Zivildienst, die ein bequemes Geschäft hätten, Pen- sionen verdienen, so sei dies recht mit den Ar- beitern der Zoll. Die Versammelten nahmen einstimmig die Resolution an, daß alle Bürger beiderlei Geschlechtes vom 60. Lebensjahre an eine Mindest- pension von 5 Schilling pro Woche erhalten sollten, und daß die Kosten dieser Pensionen durch die Steuern zu bestreiten seien. Barnes erklärte unter großem Beifall, daß es für ein reiches Land, wie England, unmöglich sei, daß 500 000 Menschen, im Alter von mehr als sechzig Jahren auf den Armenpfleger an- gewiesen seien. Der bekannte Volksredner Curran erklärte: Eine demokratische Regierung sollte sich der Angelegenheiten der vornehmen Herren annehmen, die geistig unfähig sind, das, was sie geerbt haben, zu verwirklichen. Sie sollte das Eigentum dieser Leute einziehen und aus dem Erlöse dem Volke helfen. Der Parlamentsabgeordnete John Ward bemerkte zur Frage des Militarismus, daß heute sehr viel mehr für Heer und Flotte ausgegeben würde, als vor zehn Jahren. Der Kongress sollte beschließen, dem Volke klar zu machen, daß es Pflicht der Arbeiter sei, in der neugeborenen Friedensbewegung die Führung zu übernehmen. Der Kongress nahm eine entsprechende Resolution an, die sich besonders gegen den Zwangs- militarismus in irgend einer Form erklärte. John Ward tat bei seiner Rede den Ausspruch: „Kein Mensch, der Soldat ist, kann sich Christ nennen“. (Es sei bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß John Ward selbst als Soldat manchen Feldzug mitgemacht hat.) Der Anti-Kriegsresolution setzte übrigens einer der bekanntesten Arbeiterführer, Ben Tillett, Wider- spruch entgegen. So lange man in einem falschen Christentum lebe, so lange eine falsche Demokratie herrsche und „ungeheuer“ Regierungen am Ruder seien, habe man Soldaten nötig. Doch dieser Er- kenntnis sei er für Schiedsgerichte und er sei über- zeugt davon, daß es niemals einen südafrikanischen Krieg gegeben haben würde, wenn man ein Schieds- gericht angerufen hätte. Nachdem sich der Kongress dafür erklärt hatte, daß die Regierung von keiner Firma Aufträge annehmen dürfe, die nicht dieöhne der Trade Unions zahle, wendete er sich der inter- essanten Frage eines nationalen Mindestlohnes zu. Dieser Mindestlohn soll verhindern, daß Arbeiter oder Arbeiterinnen von gewissenlosen Arbeitgebern aus- genutzt werden. Die Arbeitermitglieder des Parla- mentes wurden beauftragt, in der nächsten Parlaments- session die Regierung zu veranlassen, einen ent- sprechenden Antrag zu stellen. Für die Regierung angestellten soll für eine Arbeitswoche von 48 Stun- den ein Mindestlohn von 30 Schillingen durchgesetzt werden. Ein Vertreter wies darauf hin, daß dieser geforderte Mindestlohn höher sei, als der von den

Tode Union in gewissen Distrikten angestrebte Lohn und daß es deshalb nötig sei, den Mindestlohn von 30 Schillingen vorläufig nur für London zu veranlassen. Der Antrag wurde trotzdem unter gewaltigem Beifall mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Es wurde ferner eine Resolution angenommen, alle Eisenbahnen, Kanäle und Bergwerke zu verstaatlichen. Die Befürworter der Resolution beriefen sich auf Deutschland in bezug auf Verstaatlichung der Eisenbahnen. Der Parlamentsabgeordnete Thorne wies darauf hin, daß die Eisenbahngesellschaften die Kanäle aufkauften, um auf diese Weise eine Konkurrenz unmöglich zu machen. Ein anderer Redner erklärte, der Besitz von Bergwerken durch Private sei Raub. Ein weiterer Antrag richtete sich gegen die Überstunden. Diese Überstunden sind es, die nach Ansicht der Tradeunionisten die Hauptschuld daran tragen, daß die Zahl der Arbeitslosen immer mehr wächst. Es wurde bei Besprechung dieses Antrages gegen die Überstunden erwähnt, daß der Londoner Grasschaftsrat und die Regierung in dieser Beziehung am schwersten sündigten. Der Antrag auf Einführung einer staatlichen Zwangsversicherung rief eine lebhafteste Debatte hervor. Eine Miss Mac Arthur brachte ihn ein mit dem Hinweis darauf, daß viele kleine Unternehmer es verärgerten, ihre Arbeiter gegen Unfall zu versichern, und daß sie insollgedessen im Falle ernstlicher Unfälle nicht instande seien, die gesetzliche Entschädigung zu zahlen. Die Versicherungsgesellschaften versuchten außerdem, die Arbeiter im Falle von Unfällen möglichst zu schädigen. Sie kennen einen Fall, in dem eine Frau, die 60 Pfund Sterling Schadenersatz habe beanspruchen können, von der Versicherungsgesellschaft so eingeschüchtert wurde, daß sie mit 6 Pfund Sterling zufrieden war. Es sei Pflicht der Arbeiterpartei, eine staatliche Versicherung im Parlament durchzusetzen. Der Antrag wurde angenommen, trotzdem er, besonders von einigen Parlamentsabgeordneten, bekämpft wurde.

Wie aus dem Bericht ersichtlich, hat sich der Kongress mit großen politischen Fragen befaßt, und der Name englische „Murgewerkschaftler“ — wenn er in der Vergangenheit begründet war — trifft heute nicht mehr zu.

Der Verband der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands

hielt in den Tagen vom 26. bis 28. August in Erlangen seinen 16. Delegiertentag ab. Aus dem Geschäftsbericht ist ein rapides Wachstum des Verbandes zu konstatieren. Er zählt gegenwärtig in 853 angeschlossenen Vereinen 105 271 Mitglieder und hat im vergangenen Jahre um 123 Vereine und 9487 Mitglieder zugenommen. 15 Arbeitersekretariate werden unterhalten und 23 Sekretäre sind im ganzen freigestellt. In 107 Unterrichtskursen wurden 1917 Kursteilnehmer als Offiziere und Unteroffiziere für die christliche Arbeiterbewegung herangebildet. Der hervorsteckendste Zug der Verhandlungen des Erlanger Delegiertentages war eine entschiedene Stellungnahme zur tatkräftigen, energischen Förderung der christlichen Gewerkschaften. Der Tätigkeitsbericht des Verbandsvorsitzenden Walterbach-München ließ dieses Moment schon mit aller Deutlichkeit erkennen. „Wir stehen in unserem Verband konsequent auf dem Standpunkt der christlichen Gewerkschaften“, so führte er aus. „Wir haben vollständige Klarheit in unseren Zielen, und eine solche ist zur erfolgreichen Arbeit unbedingt notwendig. Es sei tief bedauerlich, daß man anderwärts noch nicht zur Klarheit dieses Programms in bezug auf das Zusammenwirken von katholischen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften gekommen sei; wollen wir hoffen, daß man allüberall dazu komme — die katholischen Arbeitervereine und ihre Entwicklung kommen dabei sicher nicht zu kurz, das zeige das fortwährende rapide Wachstum des süddeutschen Verbandes.“ Derselben Anschauungen, von gleicher Wärme getragen, traten bei allen Rednern in den zweitägigen Verhandlungen zutage. Mit aller Entschiedenheit wurde auch eine Vermehrung der Arbeiterabgeordneten aus den Reihen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung im Reichstag und in den Einzellandtagen verlangt, ein Wunsch, den der Reichstagsabgeordnete Prälat Dr. Schädler schon in der Festsitzung am Begrüßungsabend unter stürmischem Beifall der wichtigen Versammlung zum Ausdruck brachte. Bemerkenswert ist, daß auf dem Delegiertentag zum erstenmal ein Arbeiter präsidierte, der Arbeitersekretär und Landtagsabgeordnete Oswald, ein christlicher Gewerkschaftsführer. Tagungsort für das nächste Jahr ist Mannheim.

Eine weitere Fusion von großen Eisenwerken.

Daß in der Eisenindustrie in den letzten Jahren die Vereinigungen von Werken rapide vor sich gieng, ist bekannt und fortwährend noch im Steigen begriffen. Jetzt wird die Vereinigung der Hütte Phönix-Loos mit dem Förder Verein in Dortmund auf folgender Grundlage vor sich gehen.

Den Aktionären des Förder Vereins wird für ihre 26 940 000 Mk. Aktien ein gleicher Nominalbetrag neu anzugebender Phönixaktien zugeteilt. Sodann soll eine Kapitalerhöhung von 10 060 000 Mark vorgenommen werden, so daß das Gesamtkapital der vereinigten Unternehmen sich auf rund 72 Millionen Mark belaufen wird. Ein Grund mehr für unsere Metallarbeiter auch für die Leistungsfähigkeit der Organisation Sorge zu tragen.

Die Firma Krupp vor zehn Jahren und jetzt.

Das Riesenunternehmen von Krupp, hat auch in den letzten zehn Jahren weitere Riesenfortschritte zu verzeichnen, wie aus dem Essener Handelskammerbericht hervorgeht.

Im Jahre 1895 war die Zahl der beschäftigten Personen 34 000, im Jahre 1905 betrug sie dagegen 62 553 Personen. Vor zehn Jahren waren auf der Gußstahlfabrik in Essen 3000 verschiedene Werkzeug- und Arbeitsmaschinen in Tätigkeit, 1905 waren es 5700. Die Zahl der Dampfkessel betrug 1895 306, die der Dampfmaschinen von 2 bis 3500 Pferdestärken 458. In vergangenen Jahre zählte man 356 Dampfkessel und 532 Dampfmaschinen. Dazu kommt nun aber noch die Verwendung von elektrischer Kraft, die 1895 noch nicht im Betriebe eingeführt war. Es gab 1179 Elektromotoren, die zusammen 17 809 Pferdestärken entwickelten. Gegen 1895 hat sich das Werk um das Grusonwerk in Budau, das jetzt 4603 Arbeiter zählt, um die Germaniaerwerke in Kiel mit 3561 Beschäftigten und um das Hüttenwerk in Rheinhausen mit 6 Hochöfen und Stahl- und Walzwerken, deren Betrieb Anfang 1905 eröffnet wurde, vergrößert. Die Löhne im Gußstahlwerk Essen sind, wie folgt gestiegen: 1895 betrug der pro Kopf und Tag bezahlte Lohn 4,10 Mk., 1905 dagegen 5,12 Mk. Die Steigerung beträgt also rund 25 Proz. Die Steigerung der Preise der wichtigsten Lebensmittel nach den Notierungen der Krupp'schen Konsumanstalt in den letzten zehn Jahren sind selbstverständlich ebenfalls gestiegen. Es kostete in Mark:

	1895	1905
1 Kilogramm Speck	1,41	1,77
1 " Rindfleisch, 2. Qualität	1,30	1,28
1 " Kalbfleisch, 2. Qualität	1,27	1,54
1 " Schweinefleisch	1,31	1,67
100 " Kartoffeln	5,39	6,59
1 " Schwarzbrot	0,12	0,13

Speck ist demnach um etwas mehr als 25, Kalbfleisch um etwas mehr als 22, Schweinefleisch um beinahe 28, Kartoffeln um 10, Brot gleichfalls um 10 Prozent gestiegen. Nur Rindfleisch ist im Preise minimal zurückgegangen. Die nominelle Löhnerhöhung von 25 Prozent schrumpft also bei Gegenüberstellung der Warenpreisveränderungen ganz beträchtlich zusammen.

Immerhin muß anerkannt werden, daß zur Zeit die Durchschnittslöhne auf dem Krupp'schen Werke in Essen höher sind, als auf einem anderen Werke in Deutschland. Vor allem sollten auch die Krupp'schen Arbeiter nicht vergessen, daß zuletzt auch ihre Kraft in der Organisation im Zusammenhange enthalten ist. Der Einzelne ist in solch einem Riesenbetrieb nur ein Null.

Die Uebermillionäre in Preußen.

Daß die Zahl der Millionäre stetig steigt, ergibt sich aus dem Material der Steuerveranlagung. Darnach waren Personen von einer Million und mehr Vermögen vorhanden:

	Ueber 1 bis 2 Mill. M. Vermögen.		Ueber 2 Mill. M. Vermögen.	
	Anzahl.	Proz. der Gesamt-Steuerpflichtigen.	Anz.	Proz. der Gesamt-Steuerpflichtigen.
1895/96	3429	0,30	2827	0,16
1896/97	3426	0,29	1786	0,15
1897/98	3549	0,30	1891	0,16
99/1901	3906	0,32	2110	0,17
1902/04	4257	0,33	2344	0,18
1905/07	4742	0,34	2667	0,19

Die Zahl der „Uebermillionäre“ im preussischen Gesamtstaate war seit zehn Jahren also in stetem Steigen begriffen, und stellte sich dafür im Veranlagungs-

jahr 1895/96 auf zusammen 5256, also 0,46 Prozent, während sie für die Ergänzungsteuerperiode 1905/07 sich auf 7409, oder 0,53 Prozent der Gesamtheit der Ergänzungsteuerpflichtigen beläuft.

Die Personen von mehr als 2 Millionen Mk. verteilen sich auf die einzelnen Provinzen nach folgendem Zahlenverhältnis:

Rheinland	596	Hannover	78
Berlin	535	Schleswig-Holstein	69
Heßen-Nassau	369	Posen	61
Brandenburg	282	Pommern	54
Schlesien	261	Östpreußen	25
Sachsen	180	Westpreußen	16
Westfalen	149	Hohenzollern	1

Die Rheinprovinz steht hier an erster Stelle. Auf die einzelnen Städte verteilen sich dieselben folgendermaßen:

in den 17 Stadtkreisen	417
" " 115 übrigen Städten	93
" " 3151 Landgemeinden	86

Innerhalb dieser 17 Stadtkreise aber verteilen sich die Personen mit mehr als 2 Mill. Mk. Vermögen gegenwärtig wie folgt:

Köln	112 (0,62 Pr.)	Mülheim (Ruhr)	8 (0,28 Pr.)
Düsseldorf	72 (0,76 ")	Kemscheid	3 (0,18 ")
Elberfeld	44 (0,78 ")	M.-Glabbach	9 (0,41 ")
Barmen	24 (0,44 ")	Bonn	36 (0,63 ")
Machen	44 (0,84 ")	Solingen	1 (0,05 ")
Essen	21 (0,63 ")	Rohlsitz	8 (0,29 ")
Krefeld	13 (0,25 ")	Mülheim(Rhein)	5 (0,41 ")
Duisburg	14 (0,45 ")	Trier	3 (0,13 ")
Oberhausen	0,00 Proz.		
Zusammen	417.		

Verhältnismäßig die meisten Uebermillionäre wohnen in Düsseldorf, Elberfeld und Machen, verhältnismäßig die wenigsten in Kemscheid, Trier und Solingen, gar keine in Oberhausen.

Der neue sozialdemokratische Metallarbeiterverband.

Der vom früheren zweiten Bevollmächtigten des freien Verbandes, Wiesenthal, gegründete neue Metallarbeiterverband, hat jetzt ein Organ, die „Allgemeine deutsche Metallarbeiterzeitung“, herausgegeben. In demselben wird dem alten sozialdemokratischen Metallarbeiterverbände ziemlich übel mitgespielt. In der Einführung heißt es, daß man gezwungen gewesen sei, den neuen Verband zu gründen und daß die Gründe dafür ausführlich in der Broschüre: „Wofür stehen die Verräter an der Arbeiterschaft? niedergelegt seien. Die Broschüre sei sämtlichen Partei- wie Gewerkschaftsfunktionären zugestellt worden, ebenso dem Mannheimer Parteitag. Es heißt dann im ersten Artikel, daß die Zeitung des freien Metallarbeiterverbandes, möge sie in Berlin oder Stuttgart sein, „unwahrscheinlich und unfähig“ sei. Jedes Vertrauen zu ihr sei besonders in den großen Industriezentren geschwunden. „Der deutsche Metallarbeiterverband ist von Niederlage zu Niederlage geeilt. Die Ursache war entweder die Unfähigkeit der Zeitung oder Mangel an Streikgeld. So sieht der größte deutsche Verband aus. Ein hohler, in sich kranker Hohl auf löcherigen Füßen, vor dem zurzeit niemand Respekt hat.“ Dann tritt das Generalkomitee in Erscheinung. Jeder Kampf, jede Aussperrung hätte mit Maschinenstreik beantwortet werden müssen, dann würden die Metallarbeiter sich bald statt Mißachtung Hochachtung erringen. Es wird dann dem alten Verbande „offizielle Streikbrechervermittlung“ nachgesagt. Wegen „ehabiler Handlung“ hätte man gegen den Verbandsbeamten Behrend Ausschluß aus der Partei beantragt. Selbstverständlich bekommt auch der Berliner Führer Cohen seinen Anteil. Interessant ist, daß der Vorwärts dem neuen Verbande nun doch seine Spalten geöffnet hat, indem die Publikationen zu verschiedenen Sonntagsversammlungen angenommen wurden. Auch wird das Blatt des neuen Verbandes bei Paul Singer . . . Vorwärtsdruckerei, gedruckt! Da der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband sich ebenfalls zentralisieren will, dürfte es bei den Gewissen noch manchen Kampf abgeben.

Die Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes und die sozialdemokratische Presse.

Auf unserer Generalversammlung in Machen wurde seitens der Ortsgruppe resp. des Delegierten von Oberhausen der Antrag gestellt, statutarisch festzulegen, daß der Vorstand aus beiden Konfessionen in gleicher Anzahl vertreten sein solle. Dieses wurde

unter Hinweis, daß hierdurch nur Unzulänglichkeiten entstehen müßten, abgelehnt.

Hierzu schreibt ein Teil der sozialdemokratischen Presse, die Rheinische Zeitung unter anderem:

„Von Oberhausen lag der Antrag vor, künftig den Verbandsvorstand zur Hälfte aus Katholiken und Evangelischen zusammenzusetzen. Gegen diesen paritätischen Antrag wandten sich entschieden der bisherige Verbandsvorstand und der Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerksvereine, Herr Stegerwald! Die Herren erklärten, die evangelischen Mitglieder seien nicht befähigt zu verantwortungsvollen Posten. — Man sollte auf der Gewerksvereinsseite nach diesem Vorfall aber doch endlich der Wahrheit die Ehre geben und offen und ehrlich sich als Zentrumsgefeind bekennen. Es hat ja doch keinen Zweck mehr, die Zentrumsmacht zu vertuschen, nachdem die Generalversammlung des christlichen Verbandes ausdrücklich das gleiche Recht der evangelischen Mitglieder abgelehnt hat mit der Begründung, die Evangelischen seien unfähig, der christliche Verband sei eine Zentrumsgründung.“

Unwahr, daß sich der Vorstand des christlichen Metallarbeiterverbandes und Herr Stegerwald gegen den Antrag gewandt hätten, den Vorstand zur Hälfte aus Katholiken und Evangelischen zu bilden; unwahr ist ferner, daß von gleicher oder von anderer Seite erklärt worden sei, die evangelischen Mitglieder seien nicht befähigt zu verantwortungsvollen Posten; erfunden ist, daß von irgend einer Seite behauptet worden sei, der christliche Metallarbeiterverband sei eine Zentrumsgründung. Wahr ist vielmehr folgendes: Sowohl der Zentralvorsitzende wie auch Generalsekretär Stegerwald erklärten sich lediglich gegen die statutarische Festlegung, daß der Vorstand gleichmäßig aus Angehörigen beider Konfessionen zu besetzen sei, aus dem einfachen Grunde, weil ein solcher Beschluß in Verbandsgebieten nicht durchführbar wäre. Sollte eine derartige Bestimmung keine Halbschheit bleiben, dann dürfte dieselbe nicht bloß auf die Befehlsbefugnisse des Zentralvorstandes beschränkt bleiben, sondern müßte in der Konsequenz auch auf die örtlichen Vorstände der Zahlstellen ausgedehnt werden. In Zahlstellen mit 99 Prozent Katholiken oder Evangelische lasse sich ein Vorstand nicht im Sinne dieses Antrages bilden. Auch zur Beseitigung der an verschiedenen Orten auf evangelischer Seite noch bestehenden Vorurteile, womit der Antrag begründet wurde, trage dieser nicht bei. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter habe schon seit seiner Gründung auf die konfessionelle Parität im Zentralvorstand mechanisch durch Statut Bedacht genommen und im letzten Jahre sogar vier evangelische Nichtbergleute als Beamte angestellt und demnach würde derselbe von den Gegnern genau so behandelt, wie jene Verbände, deren Statut eine solche Bestimmung nicht vorsieht. Unter den mehr als 1000 Beamten der „freien“ Gewerkschaftsbewegung befindet sich kein einziger Nichtsozialdemokrat; die christlichen Gewerkschaften dagegen stellten in den letzten Jahren etwa 15—20 evangelische Beamte an und weitere würden folgen. Von katholischer Seite sei noch niemals etwas dagegen eingewandt worden, daß die Vorstände der Verbände der Heimarbeitern, Fleischer, Krankenpfleger, Gärtner usw. nur aus Evangelischen beständen; man sei tolerant genug, anzuerkennen, daß dabei keine besondere Absicht vorliege, die katholischen Arbeiter bildeten eben in diesen Verbänden infolge ihrer geringen Verbreitung nur einen kleinen Bruchteil. In gleicher Weise sollten die evangelischen Kollegen in ihren Kreisen etwaigen Vorurteilen zu begegnen suchen. Hierauf wurde der betreffende Antrag nahezu einstimmig abgelehnt. Uebrigens befinden sich unter den Vorstandsmitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes vier evangelische Kollegen.

Zur Sache selbst möchten wir noch einiges hinzufügen. Oberhausen war bis jetzt durch ein evangelisches Mitglied im Zentralvorstand vertreten. Doch niemals hat dasselbe in den Vorstandssitzungen ein derartiges Ansinnen gestellt, was dort an erster Stelle Pflicht gewesen wäre, bevor dasselbe Vorstandsmitglied auf der Generalversammlung einen solchen Antrag eingebracht oder vertreten hätte. Die Kollegen von Oberhausen werden heute selbst zugestehen müssen, daß ihr Vorgehen der Sozialdemokratie nur Wasser auf die Mühle geliefert hat. Gerade dem Delegierten von Oberhausen konnte es nicht unbekannt sein, wie sehr sich die Verbandsleitung seiner oft vergebens bemüht hat evangelische Kollegen in den Zentralvorstand heranzuziehen.

Daß seither die Zahl der evangelischen Mitglieder im Verbandsverbande so gering war, ist nicht schuld des christlichen Metallarbeiterverbandes, sondern der

evangelischen Arbeiter selbst. Hoffentlich ändert sich in Zukunft dieses Bild.

Aus dem ganzen aber sollten unsere evangelischen wie katholischen Arbeiter lernen, von der christentumsfeindlichen Sozialdemokratie sich nicht gegeneinander aufheben zu lassen, sondern mit Vertrauen und Toleranz einander gegenüber zu treten. Nur so kann die christliche Gewerkschaftsbewegung blühen und gedeihen zum Segen der Arbeiterschaft beider Konfessionen.

Sozialdemokratische Ehrenerklärung.

Durch die sozialdemokratische Gewerkschaft und Parteipresse zirkuliert z. Bt. eine Ehrenerklärung, welche sich H. Schneider, Vertrauensmann des sozialdemokr. Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiterverbandes in Meissen von E. Richter, Mitglied des christlichen Keramarbeiterverbandes auf folgende Weise verschafft hat. Bei Gelegenheit des Streiks in der Ton- und Ofenfabrik in Buschbad hatte sich das Gerücht verbreitet, daß sich Schneider vom Fabrikanten hätte abschmieren lassen und einen Schinken bekommen habe. Richter plauderte dies nach und wurde dafür von Schneider vor den Schiedsrichter zitiert. Der Schiedsrichter bedeutete dem Kollegen, er solle sich ebnigen, denn „auf diesen Fall kam ein Monat Strafe“. — Der dadurch geängstigte Richter verpflichtete sich, eine Erklärung im „Volksfreund“ und „Meißener Tageblatt“ abzugeben. Darauf wurde er in das Büro des sozialdemokratischen Fabrik- und Hilfsarbeiterverbandes eingeladen, wo ihm Schneider eine selbstgeschriebene Erklärung zur Unterschrift vorlegte, mit der Bemerkung, „mit einer einfachen Erklärung sei er (Schneider) nicht zufrieden“. Das famose Schriftstück liegt im Original vor. In demselben ist neben der üblichen Zurücknahme der gemachten Äußerung noch folgender Zusatz eingefügt: „Ich erkläre ferner, daß ich die Behauptung verbreitet habe, um die freien Gewerkschaften in Mißkredit zu setzen und für die Christlichen Propaganda zu machen“. — Richter hatte also die Wahl, einen Monat Strafe zu tragen oder eine bewusste Unwahrheit mit seinem Namen zu decken. Mit einer auf solche Weise zustande gekommenen „Ehrenerklärung“, die durch die begleitenden Umstände einer Erpressung nicht unähnlich ist, gehen die Sozialdemokraten hausieren, um den christlichen Keramarbeiterverband zu verächtigen.

Warum schweigen sich die sozialdemokratischen Blätter über die von Schneider so großmäulig in den Ton- und Ofenfabriken in Meissen eingeleitete Lohnbewegung so gründlich aus? Schneider hat damals die Arbeiter aufgefordert, ja nicht in den christlichen Verband zu gehen weil die christl. kein Geld hätten und als es in Buschbad zum Streik kam, sagte derselbe Herr Schneider, „M. S. es ist keine Kleinigkeit, 48 Unorganisierte zu unterstützen“. Die Lohnforderung betrug 26 Pfg. pro Stunde, und als die Firma nach 4 tägigem Streik 25 Pfg. zu zahlen versprach, da vergaß Schneider vor lauter Freude über den Pfennigstieg, den Tarifvertrag unterschreiben zu lassen und bearbeitete die Arbeiter nach allen Regeln der Kunst, daß sie die Arbeit wieder aufnahmen. Er versicherte ihnen, er hätte einen Einblick in den Betrieb gemacht und sei zu der Ueberzeugung gekommen, daß ein längerer Streik für die Arbeiter schlimme Folgen haben könnte. Sie sollen nur zufrieden sein, es sei etwas erreicht worden und mehr könnten Sie nicht bekommen. — Es darf nicht wunder nehmen, wenn nach den vorhergegangenen Wahlereien bei einem solchen Ausgang die Arbeiter den Gedanken zum Ausdruck brachten, Schneider sei abgedummt worden. Uns dünkt es, als ob die „Ehrenerklärung“ des Kollegen Richter dem Schneider nur dazu dienen mußte, die durch die Bewegung erlittene Blamage zu verdecken. Darum auch das Bestreben, die allgemeine Aufmerksamkeit durch Verdächtigung der christlichen Verbände abzulenken, die angegriffene Ehre ist wiederhergestellt auf unehrliche Weise.

Zur Neutralität der Hirsch-Duncker Gewerksvereine.

Ueber folgenden Fall kann uns der Regulator vielleicht nähere Auskunft geben: Es war diesen Sommer an den Gestaden des Bodensees, da feierte der Ortsverein Konstanz der Hirsch-Dunckerischen Maschinenbauer Stützungsfeier mit Johmentweibe. Bei dieser Gelegenheit kam es unter den eigenen Mitgliedern zu einer scharfen Auseinandersetzung. Die Ursache hiervon: einige Mitglieder des katholischen Arbeitervereins, welche zugleich eifrige Mitglieder, wir betonen dies, der Hirsch-Dunckerischen Maschinenbauer waren, wurden ob ihrer Beteiligung bei der Sozialdemokratischen Prozession mit

Spott und Hohn überschüttet, was diese wiederum nicht ruhig einließen. Eine Keilerei wäre fast das Ende vom Lied gewesen. In Konsequenz davon traten etwa 7 oder 8 Kollegen aus dem Gewerksverein, da sie erfahren mußten, daß es mit der Neutralität der Hirsch-Duncker nicht sehr weit her sei. Das waren, wie gesagt, die ehrigsten Leute, die die Konstanz anerkennen konnten.

Mit dem mal vorerst genug, wir wollen nun abwarten, was der Regulator dazu spricht, wie er das mit seiner vielgepriesenen Neutralität vereinbart?

Hirsch-Dunckerische Bauernfängerei!

Hörde. Zu wech verzweifelten Mitteln man hier seitens des Hirsch-Dunckerischen Gewerksvereins greift, um Mitglieder einzufangen, sei hiermit kurz geschildert. Der Hörder Ortsverein (des Hirsch-Dunckerischen Verbandes), der in dem vorjährigen Ortsgruppenverzeichnis mit 200 Mitgliedern aufgeführt ist, hatte für Donnerstag, den 6. dieses Monats eine öffentliche Versammlung anberufen. An Mauern und Straßenecken waren Flugblätter angeklebt, desgleichen wurden Tausende unter die Arbeiterschaft verteilt. Um die Sache noch interessanter zu machen, fand die Versammlung nicht im eigenen Vereinslokal, sondern in dem Lokale der sozialdemokratischen Gewerkschaften statt. Man rechnete somit auf ein volles Haus, hatte sich auch noch außer dem Bezirksleiter (Braun-Dortmund), einen zweiten Redner verschrieben. Aber so wech, trotz massenhafter Flugblattverbreitung, trotz Wählens der Versammlung im sozialdemokratischen Vereinshaus, blieb der Erfolg aus. Ganze 35 Mann hatten sich eingefunden, von diesen waren 5 christlich organisierte, mehrere gehörten zum roten Metallarbeiterverband und ein anderer Teil war noch unorganisiert. Der Bezirksleiter (Braun) mußte selbst die Versammlung eröffnen und leiten. Während des Vortrages (ein Redakteur hielt denselben), stieg Braun hocherhobenen Hauptes vom Podium und animierte die Versammlungsteilnehmer zum Beitritt. Angesichts dessen überkam uns ein gewisses Mitleid, das dem Gedanken Raum machte: Arme Hirsche, wie weit muß es mit euch gekommen sein, noch im vorigen Jahre 200 Mann stark, und jetzt in öffentlicher Versammlung höchstens 10 bis 15 Mann anwesend? Armes Zwitterding, wie lange willst du noch in Hörde existieren, wenn schon der Bezirksleiter selbst die Versammlung führen muß! Es zieht nicht mehr, ihr neutralen Herren, selbst nicht mehr im Lokal eurer feindlichen Brüder. Einen feinen Trick oder leistete sich Herr Braun in seinem Schlusswort: Er hob die Leistungen des Verbandes hervor, nannte sämtliche Unterstützungsarten, auch die Krankenunterstützung, und erklärte im selben Atemzuge, daß der wöchentliche Beitrag 30 Pfennig beträgt. Jeder Uneingeweihte mußte hiernach annehmen, daß bei dem Beitrag von 30 Pfennig das Krankengeld mit eingegriffen sei, was jedoch nicht der Fall ist, da das Krankengeld extra zu entrichten ist. Man ersieht hieraus so recht, zu wech schabigen Mitteln man von jener Seite greift, um Indifferente einzufangen. Herrn Braun wird sein Trick wohl herzlich wenig nützen. J. B.

Terrorismus und kein Ende.

Ein Denkmal der Niedertracht haben sich wieder mal die roten Metallarbeiter in Hanau gesetzt. Fragt der christlich organisierte Kollege S. . . . bei der Firma „Wacker und Söhne, Maschinenfabrik und Steherei um Arbeit an und erhält auch solche. Man hatte derselbe am Montag seine Arbeit begonnen, tritt auch schon der Vertrauensmann des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes an ihn heran mit der Frage: „Bist Du organisiert“. Auf die Antwort, ja im christl.-sozial. Metallarbeiterverband, hagelt auch schon eine Flut von Schimpfworten wie Verräter usw. auf ihn nieder.

Doch damit noch nicht genug; der Formergenosse wollte sich dem christlichen Kollegen in seiner ganzen „Größe“ zeigen, und deshalb predigte er ihm sein „unfehlbares freies“ Evangelium weiter. Er erklärte nämlich weiter: „Entweder Du trittst in den Verband oder Du siehst raus. Wir haben schon ganz andere hinaus gebracht als Dich! Sogar einen, der nicht nur drei Finger hat wie Du, sondern sechs; und einen haben wir sogar soweit gebracht, daß er ins Zerkenshaus kam.“

Glaubte nun der christliche Kollege, er werde dennoch Stand halten können, so sah er sich getäuscht. Der „Freiheitsdrang“ der „alleinigen Arbeitervertreter“ war eben stärker, als der gute Wille des christlichen Kollegen weiter zu arbeiten.

Wie es in Stehereien üblich ist, helfen sich die Formergener gegenfeitig. Jedoch die Bitten des christlichen

Körners, mit anzufassen bei Einsehen der Modelle usw. wieder beantwortet, ich habe keine Zeit.

Auch eine Reichwerde beim Herrn Betriebsingenieur über diese Handlungswelle war ohne Erfolg. So mußte dem der Kollege denselben Weg gehen, wie alle die Vorgänger, aber die sich der „freie Geld“ so rühmte, sie hinausgeekelt zu haben. Also wieder ein Beweis von der „unfehlbaren Arbeitervertretung“. Ein Beweis, mit welchem ungemein „hervorragenden Geltesmassen“ diese „Gelden“ den Kampf für ihre Ideen zu führen wissen.

Der Skel überkommt einem, ob solcher Gemeinhalten. Das ist wieder eine Frucht der in sozialdemokratischen Versammlungen und Blättern geübten Verhegung und der „unvergleichbaren“ Erziehungsmethode. An dieser Frucht werden sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften zu Grunde gehen, denn ein jeder halbwegs anständiger Arbeiter wendet sich mit Abscheu weit weg von einer solchen Gesellschaft.

Unser Verband und seine „Freunde“.

Längsthin ist es bekannt, daß die Herren Arbeitgeber den christlichen Organisationen da und dort nicht sehr hold gesinnt sind. Bei der Gold- und Silberarbeiterbewegung in Pforzheim stellten unsere Kollegen ihren ganzen Mann, obwohl ihnen die Sache nicht gar leicht gemacht war. Bei jenen neunstündigen Verhandlungen konnte der aufmerksame Beobachter verschiedentlich wahrnehmen, mit welcher Spannung die Herren Fabrikantenvertreter den Aufsetzungen der christlichen Vertreter entgegenzusehen. Speziell bei der Frage der Terminfestsetzung hieß es, der christliche Verband habe sich noch nicht geäußert. Genug damit. Unsere Kollegen vertraten, wie gesagt, den Standpunkt der Arbeiterschaft, womit sie bei beiden „Freunden“ auf der linken, wie rechten Seite nur Unmut ernteten.

Der Präsident der Handelskammer, zugleich Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, für Pforzheim, äußerte sich danach in der Fabrikantenversammlung folgendermaßen:

Es sei bald gleichgültig, ob uns der Sozialdemokrat mit einem Prügel das Hirn einschläge, oder ob das die Christlichen mit dem Kreuze tun würden.

Die Herren Genossen versuchen es wiederum mit ihrem alten Trick, sie denutzieren den christlichen Verband mit dem Hinweis, derselbe sei radikaler aufgetreten, nun wollten die Herren Arbeitgeber, mit dem sie das nächste Mal verhandeln sollen, mit dem deutschen Metallarbeiterverband, welcher in weiser Harmonie die Interessen der Arbeitgeber berücksichtige. Schon dadurch, daß man von vornherein die 15 Prozent Lohnerhöhung und den Minimallohn fallen ließ seitens des „freien“ Verbandes, hatte man den Arbeitgebern den Rücken gesteuert, wodurch der erste Wunsch der Arbeiter Pforzheims unerfüllt blieb, um die den gestiegenen Lebensverhältnissen entsprechende Lohnerhöhung zu erlangen. Die Arbeiter von Pforzheim mögen sich jetzt bei dem roten Verband bedanken, der sie so schmähtlich im Stiche gelassen hat.

Auch in Pforzheim zeigte sich die alte Erfahrung. In der Öffentlichkeit, in Versammlungen geberden sich die roten als die Radikalen, die nie genug bekommen können, und bei den Arbeitgebern spielen sie sich als die zahmen Lämmer auf. So wird das Arbeiterinteresse vertreten. Arbeiter macht die Augen auf.

Beim Streik auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“

ist die Situation noch unverändert. Zuerst hat eine Kommission der Streikenden versucht, in Unterhandlungen mit der Direktion zu treten, konnte aber keine nennenswerten Zugeständnisse erreichen. Daraufhin wurde die Gewerbeinspektion mit der Vermittlung beauftragt, aber auch sie hatte keinen Erfolg.

Die Hüttenverwaltung lehnte jede Lohnaufbesserung ab. An der Spitze der Verwaltung steht Generaldirektor Kirdorf, Bruder des bekannten Syndikus Kirdorf vom Kohlenhändlertum. Die Verwaltung ist in letzter Zeit sogar dazu übergegangen, eine Anzahl Streikender auf gerichtlichem Wege zur Rückmung der Werkwohnungen zu zwingen. Das ist wieder ein Beitrag zum Kapitel Wohlfahrtspläne, nicht um den Arbeitern gute und billige Wohnungen zu schaffen, werden letztere gebaut, sondern um die Arbeiter aus Werk zu jesseln. Machen sie von ihrem gesetzlichen Rechte Gebrauch, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, werden sie auf die Straße gesetzt.

Auch hier muß noch das gesetzliche Recht erzwungen werden, daß der wirtschliche Kündigungstermin bei Wohnungsräumung innegehalten werden muß. Sonst sind derartige Wohnungen keine Wohlfahrt, sondern eine Plage für die Arbeiter.

Zum Streik auf dem Eisenwerk in Kaiserlautern.

Die Direktion vom Eisenwerk versuchte letzte Woche, in der Öffentlichkeit die Forderungen der Arbeiter so hinzustellen, als wenn dieselben den Ruin der Fabrik bedeute, indem dieselbe in verschiedenen Blättern schrieb, die geforderte Lohnerhöhung bedeute für sie 170 000 Mk. jährlich. In Wirklichkeit ist dies ein Nonover, denn was heute verlangt wird, sind höchstens 40 000 Mk. im Jahre für die 600 Arbeiter, und wenn wir die gesteigerten Lebensbedürfnisse der letzten Jahre mit den bestehenden Löhnen auf dem Eisenwerk vergleichen, so finden wir, daß es nötig ist, auch hier dem Arbeiter entgegenzukommen. Und daß die Firma in dieser Beziehung etwas leisten könnte, wenn sie nur wollte, ist auch wahr. Ihr Verdienst ist nicht geringer, als es bei ähnlichen Werken der Fall ist. Das beweist eine Submissionsvergebung bei Einrichtung der Zentralheizung in der höheren Mädchenschule in Kaiserlautern. Dabei hatte eine fremde Firma, die höhere Löhne zahlt als das Eisenwerk, 3000 Mk. weniger gefordert und doch erhielt das Eisenwerk mit seinen niederen Löhnen die Arbeit. Also was andere können, müßte auch das Eisenwerk in bezug auf Löhne können. Die Stimmung der Arbeiterschaft ist die denkbar beste, unsonst, da es bis jetzt der Direktion trotz aller Versuche nicht gelungen ist, Arbeitswillige heranzuziehen. Einige wenige (18 Leute), die keiner Organisation angehören, sind die Retter in der Not und verdienen sich diese Broden jedenfalls den traurigen Ruhm, ihren Arbeitskollegen gegenüber unsozialistisch dazustehen. Später werden Sie es sich vielleicht überlegen, wo ihr Platz sein sollte, für heute mag dieses genügen.

Ein ernstes Wort an die Kollegen von Duisburg.

Kollegen! Eine bedauerliche Erscheinung macht sich in letzter Zeit in unserer Ortsgruppe bemerkbar, was in Anbetracht der heutigen bewegten Zeit um so unverständlicher ist, ich meine den schlechten Versammlungsbesuch. Man sollte fast meinen daß die Verhältnisse in Duisburg so rosig seien, daß es nicht nötig wäre, sich in den Versammlungen zu zeigen und mit an der Besserung unserer Lage zu arbeiten. Und wie sieht es in Wirklichkeit aus. Gehen wir einmal rund in die hiesigen großen Werke, sind da nicht überall Berge von Müllstauden vorhanden. Wie sieht es teilweise mit den Löhnen aus, bei der jetzigen Hochkonjunktur spüren unsere Arbeiter doch sehr wenig davon. Ist es nicht geradezu traurig, wenn man hört, daß Arbeiter am Hochofen in 19 Schichten 67 Mk. verdienen haben, bei täglich 12 Stunden, denn Pausen kennen diese Arbeiter nicht mehr, (Niederrheinische Hütte) und in anderen Betrieben ist es nicht viel besser. Ganz besonders steht bei der jetzigen Zeit das Ueberstundenwesen wieder in voller Blüte, aber an eine bessere Bezahlung der Ueberstunden denkt kein Mensch. Ist man doch vielfach der Ansicht, wenn man möglichst viel Stunden gemacht, hat man immer noch ziemlich gut verdient. Fast in ganz Deutschland drängt man und auch meistens mit Erfolg, auf Verkürzung der Arbeitszeit, hier scheinen die Arbeiter das Bedürfnis nicht zu fühlen. Steht es doch hier noch dadurch gerade die Löhne niedrig bleiben, sehen sie nicht ein. Und dann erst die vielen Unglücksfälle, welche auf den hiesigen Werken passieren, die vielfach auf das Essen und Trinken in den Betrieben zurückzuführen sind; auch die Behandlung, welche viele Beamte ihren Arbeitern angedeihen lassen, das spottet erst recht jeder Beschreibung.

Kollegen! Sollten uns diese Mißstände, welche doch nur im allgemeinen angedeutet sind, nicht anspornen, alle mitzuarbeiten, damit hier endlich Abhilfe geschaffen wird. Soll dies aber geschehen, dann ist neben dem regelmäßigen Bezahlen der Beiträge der regelmäßige Besuch der Versammlung die erste Bedingung. Dann aber auch hinein in die Organisation, ohne Organisation keine Besserung. Kollegen, werfen wir alle Gleichgültigkeit beiseite und arbeite jeder mit an der Hebung und Besserung unserer Lage. Am nächsten Sonntag, den 23. Sept. mit in der Versammlung bei Koppenburg Kollege Rezer Bericht erstatten über die Generalversammlung in Aachen. Zeigen wir dann, daß wir das nötige Interesse

für die großen Ziele des Verbandes haben, dadurch, daß wir Mann für Mann zur Stelle sind. Bringt jeder noch einen Kollegen mit, damit wir endlich energisch an der Verbesserung unserer Lage herantreten können zum Segen für uns und unsere Familien. J. B.

Kollegen,

bezahlt pünktlich die Beiträge, damit Eure Unterstützungsansprüche nicht verloren gehen.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 23. September der neununddreißigste Wochen-Beitrag für die Zeit vom 23. September bis 30. September 1906 fällig.

Ortsvorstände sorgt für pünktliche und musterhafte Abrechnung.

Streiks und Lohnbewegungen.

Hagen. Klempner in Lohnbewegung eingetreten. Aachen. Auf der Hütte „Rote Erde“ Streik und Ausperrungen ausgebrochen.

Duisburg. Fittlingwerk G. m. b. H. Streik aus. Eisenach. Fahrzeugfabrik, Streik der Schlosser Schmiede, Dreher und Hobler.

Guskirchen. Bei der Firma Josef Maßka, Lugschwabenbauerei sind Differenzen ausgebrochen.

Werdohl. Firma Gebr. Brüninghaus Streik der Formier.

Kassel. Streik der Klempner.

Schönebeck a. d. Elbe. Metallindustrie „Schönebeck“ wegen Lohndifferenzen Streik ausgebrochen. Arbeitssuchende Kollegen haben sich vorher an Kollege Franz Szypny, Schönebeck, Wilhelmstr. 18a zu wenden.

Burger Hütte (Distrikt) Streik der Formier.

Pomm. Die Schmiedegesellen in Lohnbewegung eingetreten.

Kaiserlautern. Eisenwerk Kaiserlautern ist Streik ausgebrochen.

Zuzug ist fernzuhalten!

Aus dem Verbandsgebiet.

Berlin. In der Mitgliederversammlung, welche am Samstag, den 8. September stattfand, referierte Kollege Gronow über Verlauf und Beschlüsse der 4. Verbands-Generalversammlung, welche in Aachen vom 2.—5. September getagt und vom Referenten als Delegierter besucht wurde. Danach wurde die Generalversammlung, an der 62 Delegierte teilnahmen, mit einer großen Volksversammlung, welche von mehr als 3000 Personen besucht war, eingeleitet. Der Referent der großen Volksversammlung war der Reichstagsabgeordnete Giesberts. Am Montag begann die eigentliche Tagung. Wieder, Zentralvorsitzender des Verbandes, erstattete den Geschäftsbericht. Nach diesem entwickelte sich der Verband folgendermaßen: Die Mitgliederzahl stieg von 10 000 am 1. September 1904 auf 23 541 am 1. Juli 1906. Das Zentralkassenvermögen von 57 000 auf 178,000 Mk. in der gleichen Periode. Die Gesamteinnahmen des Verbandes bezifferten sich auf 465 400,77 Mark, die Gesamtausgaben auf 345 276,87 Mark. Für Streiks und Maßregelung verausgabte der Verband allein 161,272,31 Mark, oder 47 Prozent. Der christliche Metallarbeiterverband steigerte seine Mitgliederzahl und seinen Kassenbestand prozentual stärker als dies dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband möglich war. Die prozentuale Zunahme der Mitglieder betrug beim christlichen Metallarbeiterverband in der Berichtszeit 1904 auf 1906 stark 130 Prozent, beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband nur etwa 60 Proz. Die Zunahme des Verbandsvermögens betrug beim christlichen Verbands stark 200 Prozent, beim sozialdemokratischen Verband nur ziemlich 140 Prozent. Neugegründet wurden 205 Ortsgruppen, Neuaufgenommen wurden 27 000 Mitglieder, wovon die Hälfte wieder austraten, jedoch in 325 Ortsgruppen 23 541 Mitglieder verblieben. Die Ursache der starken Fluktuation, die sich in allen Verbänden findet, dürfte auf die geringe Zahl der Agitationsbeamten und dem Umstande zurückzuführen sein, daß mit Einführung der Erwerbslosenunterstützung der Beitrag von 30 auf 50 Pfennige wöchentlich erhöht wurde. An mehr wie hundert Streiks war der Verband beteiligt, von welchen nur wenige ohne Erfolg für die Arbeiter geführt wurden. In Breslau errang der Ver-

hand für die Arbeiter der Theodorstraße eine 20prozentige Lohnerhöhung, was einen Mehrerwerb von 273 Mk. für jeden Arbeiter pro Jahr ausmachte. Wenn auch nicht gleich großartig, so wurden doch immerhin zufriedenstellende Resultate bei anderen Lohnbewegungen erzielt. Von größter Bedeutung sei der seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes geführte Kampf in Burbach, an welchem 3500 Arbeiter beteiligt waren. In Burbach sei es, wie der Referent ausführte, gelungen, den stummigen Geist, wonach den Arbeitern das Recht der Organisation verboten war, zu brechen. Zudem hätten die Arbeiter Burbachs wie die Delegierten von dort auf der Generalversammlung mitteilten, Lohnerhöhungen von 70 Pfennigen und mehr pro Tag erstritten. Das für Streiks verwandte Geld habe sich im Interesse des Arbeiters sehr rentiert. Mit Rücksicht auf die schon obnehin starke Belastung des Verbandes durch Unterstützungsbeirichtungen aller Art und im Hinblick auf die Möglichkeit großer Kämpfe bei Hereinbruch einer wirtschaftlichen Krise waren die Delegierten der Generalversammlung sich einig in dem Gedanken, einen möglichst starken Kriegsfonds anzuhäufeln. Manche Anträge, das Unterstützungssystem zu erweitern, konnten keine Berücksichtigung finden. Beschlossen wurde die Erwerbslosenunterstützung von der ersten Woche an zugewähren, wenn die Erwerbslosigkeit die Folge von Arbeitslosigkeit sei. In Krankheitsfällen wird selbige erst von der zweiten Woche an gewährt. In beiden Fällen jedoch für die Dauer von 20 Wochen. An Wanderunterstützung kann bis 3 Mark nach zurückgelegten weiten Touren auf einmal gezahlt werden statt bisher 2 Mark. An anderen Unterstützungen bleiben auf den alten Sägen bestehen. An der darauffolgenden Diskussion, an welcher sich viele Mitglieder beteiligten, kam die Befriedigung über das Gehörte und der Wunsch zum Ausdruck, daß bei der nächsten Generalversammlung ein gleich günstiges Resultat mitgeteilt werden könnte.

Mit der Aufforderung des Vorsitzenden, durch eine rege und intensive Agitation aller Mitglieder auch in Berlin die christlichen Metallarbeiter in größerer Zahl um die Fahne des christlichen Metallarbeiterverbandes zu scharen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Bruchsal. Unsere Versammlung fand Sonntag, den 9. September, vormittags 10 Uhr statt. Anwesend waren 35 Kollegen. Als Referent war unser Delegierter Kollege Elser aus Stuttgart erschienen. Derselbe erstattete ausführlichen Bericht über die Generalversammlung unseres Verbandes. Es war daraus zu ersehen, daß wir wieder ein gutes Stück vorwärts gekommen sind und unser Verband auf der Höhe der Zeit steht, betriebs Leistungsfähigkeit, trotz Weichheit der Genossen, dem sozialdemokratischen Verband die Stirn bieten kann. Trifft doch vom verfügbaren Barvermögen auf den einzelnen Kollegen 8 Mark, während bei dem freien Verband kaum 3 Mark auf den Kopf treffen. Der Bericht fand deshalb bei unseren Kollegen lebhafteste Zustimmung und wurde unser Delegierter für seine Ausführungen mit Beifall belohnt. Nun gilt es Kollegen von Bruchsal und Umgebung, die guten Anregungen und Beschlüsse der Generalversammlung in die Tat umzusetzen und die Schlüssigen aufzurütteln. Auch müssen die Versammlungen besser besucht werden. Gibt sich doch der Vorstand alle Mühe, die Versammlungen so interessant als möglich zu gestalten. Da macht es dann einen deprimierenden Eindruck, wenn nur der dritte Teil der Kollegen anwesend ist. Kollegen, ihr habt alle Ursache, euch zu schulen und möglichst viel Wissen anzueignen, wenn eure schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen besser werden sollen und die 500 Indifferenten am hiesigen Orte noch gewonnen werden sollen, die ja zum größten Teil zu uns gehören. Auch die Behandlung, besonders der Maschinenfabrik läßt viel zu wünschen übrig. Es liegt deshalb in eurem eigenen Interesse, wenn ihr euch schult und Mitglieder werbet für unsern Verband. Denn der Verband hat gezeigt, was er zu leisten imstande ist, an verschiedenen Orten und selbst in Großstädten, wenn die Kollegen sich ihrer Aufgabe bewußt sind und ihre Verbandspflichten erfüllen. Darum aufgewacht und agitiert, bis der letzte Mann in unseren Reihen steht. Dann wird auch für die Bruchsaler Kollegen eine bessere Zeit anbrechen.

Söven. In unserer am 6. September stattgefundenen Versammlung erstattete Kollege Döring gleichzeitig Bericht von unserer Generalversammlung in München. Mit Freuden konnten wir daraus einen weiteren Fortschritt unseres Verbandes wahrnehmen. Neben beleuchtete insbesondere, wie jetzt durch den inneren gefestigten Ausbau unseres Verbandes derselbe jeder anderen Organisation ebenbürtig an die Seite gestellt werden könne. Insbesondere sei das Unterstützungswesen jetzt gut ausgebaut. Sache der Kollegen sei es jetzt nur, auch für die weitere Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen. Vor allem

müsse es jetzt Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes sein, mit der größten Pünktlichkeit die Beiträge zu entrichten, damit das Unterstützungswesen in seinem jetzigen Umfang auch erhalten werden könne. Vor allem aber gelte es, in der Zukunft die Verbandskasse zu stärken, damit wir in den bevorstehenden Kämpfen gerüstet sind. Hierzu mitzuwirken, sei jedes Mitglied an erster Stelle verpflichtet.

Zum Schluß betonte Kollege Döring die Notwendigkeit eines Lokalbeitrages, was auch von den anwesenden Mitgliedern anerkannt und nach vorheriger Agitation in der nächsten Versammlung zur Abstimmung gelangt. Mit einem Hoch auf den christlich-sozialen Metallarbeiterverband schloß Redner seine interessanten Ausführungen. Möge jetzt überall in rege Agitation eingetreten werden.

Kattowitz. Auch hier scheinen die Metall- und Hüttenarbeiter allmählich zu erwachen und gewinnt der Organisationsgedanke, wenn auch langsam, so doch allmählich Boden. Mehr und mehr kommen die Kollegen zur Erkenntnis, daß im christlichen Metallarbeiterverband ihr Interesse am besten vertreten wird. Dieses zeigt sich in stetiger Mitgliederzunahme. Auch gelangt es trotz heftigen Kampfes von allen Seiten, neue Ortsgruppen zu gründen. In unserer letzten Mitgliederversammlung hielt Kollege Purtsche einen Vortrag über die Lage der Metall- und Hüttenarbeiter in Oberschlesien. Redner bewies an der Hand von Tatsachen, wie hier die Lage der Arbeiter noch so eine gedrückte sei. Wie notwendig es sei, bei den teuren Lebensmitteln höhere Löhne zu verlangen. Leider lebe noch der größte Teil der Arbeiter sehr gleichgültig und indifferent dahin und bekümmere sich nicht um seine Lage. Diese Arbeiter tragen selbst einen großen Teil der Schuld, daß es nicht besser wird, indem sie nicht der Organisation beitreten. Ohne Organisation ist keine Hilfe, keine Besserung möglich, dieses wollen sich auch die Arbeiter Oberschlesiens gesagt sein lassen. Ohne Ausaat, keine Ernte. Mit Donnerstimme sei deshalb den Metall- und Hüttenarbeitern Oberschlesiens zugerufen: hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, dann wird auch eure Lage eine bessere werden.

Mülheim a. Rhein. Bekanntlich hat vor kurzem die Verschmelzung der umliegenden Zahlstellen mit der Zahlstelle Mülheim a. Rhein stattgefunden. Daraus ergibt sich für alle Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute die Pflicht, mehr noch wie bisher auf dem Posten zu sein, und wo irgendwo ein gewisser Schlenker ein gerissen war, damit nur ja aufzuräumen, besonders auch was den Besuch der Vertrauensmänner- und Mitglieder-versammlungen anbelangt. Wenn die Kollegen bedenken, mit welcher nichtswürdigen Mitteln die Macher des sozialdemokratischen Verbandes hier gegen uns operieren — unsere Lokalpresse berichtet ja fortlaufend darüber — dann muß einem ja die Schamröte ins Gesicht steigen, bei dem Gedanken: Du tu'st Deine Pflicht dem Verband gegenüber nicht ganz. In unserem Organ veröffentlichten wir in voriger Nummer den Versammlungskalender unserer Ortsverwaltung, den sich die Kollegen anschneiden und in ihrem Verbandslokal aufhängen wollen. Und nun voran mit Gott für unsere gute Sache. Unsere Gegner entfallen hier in letzter Zeit eine besonders lebhafteste Agitation. Tun wir desgleichen.

Oldenberg. Ueber die Ziele und Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften sprach Reichstagsabgeordneter Giesberts im Hotel „Zum Kronprinzen“. Redner referierte zunächst über die Arbeiterbewegung im allgemeinen und ging dann auf die Bewegung der christlichen Gewerkschaften über. Letztere sei erst seit Ende der 90er Jahre im Gange, habe aber bereits schöne Erfolge zu verzeichnen. Selbstverständlich habe die neue Bewegung viele Gegner gefunden, die christlichen Gewerkschaftler würden sich aber durch all das Weichheit der Gegner nicht abhalten lassen, den einmal beschrittenen und als gut anerkannten Weg weiter zu verfolgen. Kurz zusammengefaßt basiere die Bewegung auf folgender Grundlage: 1. Die christlichen Gewerkschaften sind selbständige Gewerkschaften; 2. sie bezwecken die Erhaltung der Gleichberechtigung auf wirtschaftlichem Gebiete; 3. treten sie für Besserung der wirtschaftlichen Lage, durch Erhöhung der Löhne usw. ein. Redner ermahnte zum Schluß die hier anwesenden Mitglieder der christlichen Gewerkschaft, trotz der mancherlei Unannehmlichkeiten, die ihnen bereitet würden, und trotzdem sie sich in der Minderzahl befänden, doch stets treu zur Gewerkschaft zu halten und dafür zu arbeiten. Es würde beabsichtigt, schon in nächster Zeit hier in der Stadt ein christliches Bezirkskartell zu errichten. Näheres würde demnächst mitgeteilt werden. — In der sich anschließenden Diskussion kam es wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der verschiedenen Gewerkschaften. Als erster nahm Herr Klein das Wort, der den Ausführungen des Herrn Giesberts scharf entgegentrat. Ihm folgte Herr Hoffmann

(Freie Gewerkschaft), dann Herr Roth. Sämtliche Diskussionsredner wandten sich gegen Herrn Giesberts und suchten dessen Worte zu widerlegen. Herr Weinrich trat dagegen entschieden für die Sache der christlichen Gewerkschaft ein und forderte die anwesenden Mitglieder derselben auf, nach wie vor treu zur Fahne zu halten. In seinem Schlußwort trat Herr Giesberts den Behauptungen der Herren Klein und Hoffmann und Roth entgegen. — Die Versammlung wies anfänglich nur einen schwachen Besuch auf, wurde aber nach und nach sehr belebt. Gegen Schluß kam es zu wiederholtem Wortwechsel zwischen Herrn Giesberts und den Herren Klein und Hoffmann.

Pforzheim. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung hiesiger Arbeitgeber der Edelmetallindustrie, in welcher Beschluß gefaßt werden sollte über die Forderungen ihrer Arbeiter, glaubte ein Herr seinem gepreßten Herzen Luft machen zu müssen über die bösen Christlichen, die sich noch hartnäckiger stellten als die roten Gewerkschaftler. Er äußerte sich folgendermaßen: „Diese Christlichen beten zu Jesus, Maria und Josef und sind schlimmer als die Sozialdemokraten; es ist schließlich einerlei, ob dem Arbeitgeber der Schädel mit einem Prügel oder mit einem Kreuz eingeschlagen wird.“ (Au, au!) Aus dieser Aeußerung geht wohl hervor, daß die christl. Kommissionsmitglieder nicht ganz versetzt haben, wie die Roten ausposaunen, sondern im Gegenteil, sie haben mit Energie die Arbeiterinteressen vertreten; sie sind ganz und voll ihrer Aufgabe gerecht geworden und haben ihre Pflicht als christliche Gewerkschaftler getan und sind nicht zum Verräter ihrer eigenen Kollegen geworden.

Bei dieser Gelegenheit darf diesem Herrn wohl verraaten werden, daß mit den Erfolgen die christliche Kommission noch in keiner Weise zufrieden ist, daran sind aber nicht die Christlichen schuld, sondern die roten Führer. Diese machten zuerst einen Radau in den Zeitungen, durch Flugblätter und in Versammlungen, welcher die Arbeiter geradezu fanatisierte. Dann nachträglich, als die Masse auf den Beinen gegangen und gehörig hypnotisiert war, wurden bei den Verhandlungen die Forderungen auf allgemeine Lohnerhöhungen fallen gelassen.

Bei dieser Gelegenheit hatten die Christlichen mit Leuten zu arbeiten, welche hinsichtlich ihrer Gesinnung sich jedenfalls in mancher Beziehung einander gleichwertig gegenüberstanden. Ein Arbeitgeber, welcher keine Menschenrechte dem Arbeiter zuerkennt, ist ebenso schlimm, wie ein Genosse, welcher keine Pflicht der Wahrhaftigkeit dem Gegner gegenüber anerkennt. Vorerst sind die Christlichen also mit heiler Haut davon gekommen, instinktiv fühlte man, wie von der roten Seite der Arbeitervertreter es nur zu gern gesehen worden wäre, wenn man den Christlichen den teilweisen Mißerfolg hätte aufhalten können. Dieses Borkommnis lehrt, daß die christlichen Gewerkschaften auf dem richtigen Wege sind. Aber nicht mit dem Kreuz wollen wir den Arbeitgebern den Schädel einschlagen, dieses Liebeswerk? überlassen wir andern, welche Klassenkampf und Klassenhaß säen, wir streben nur Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem Boden der bestehenden Ordnung und nach christlichen Grundsätzen an. Auf's neue soll den Metallarbeitern in Pforzheim und auch anderwärts die Mahnworte zugerufen werden: „Tretet ein in den christlichen Metallarbeiterverband“. Denjenigen aber, welche christlich denken und fühlen, und sind in den sozialdemokratischen Gewerkschaften, soll vor Augen geführt werden, daß es Verrat ist, wenn man einer Gewerkschaft angehört, welche sich speziell zur Aufgabe gemacht hat, die christliche Sache zu bekämpfen.

Strasbourg. Die „Freie Presse“, Strasbourg, vom 29. August, glaubt den Beweis erbracht zu haben, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumsorganisationen seien. Welchen Beweis bringt man dafür? — Man höre und staune. — Der christl. Metallarbeiterverband sei von dem Bürgermeister von Sesselburg als politischer Verein bezeichnet und als solcher verurteilt worden wegen Verstoß gegen das Vereinsgesetz, da der Verein auch Frauen als Mitglieder habe und weil diese auch die Versammlungen besucht haben, der Ortsgruppenleiter bestraft worden sei.

Triumphierend schließt der Artikel: „Somit ist durch Gerichts Urteil festgestellt, daß der christliche Metallarbeiterverband kein neutraler Verein ist.“ — Derartige Geschreibsel verdient eigentlich nicht, daß man näher darauf eingeht. Es sei aber an den Bräuger gestellt. Es dürfte doch den Sozialdemokraten bekannt sein, wie oftmals von Gerichtswegen „politische“ Betätigung definiert wird.

Bamberg. Sonntag, 30. Septbr., vormittags 10 Uhr außerordentliche Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung. Mitglieder zur Kontrolle mitbringen.
Bonn. Samstag, 22. Septbr., abends 9 Uhr, Mithrasstr. 18 Mitgliederversammlung. — Sonntag, 23. Septbr., nachmittags 5 Uhr öffentliche Versammlung im „Großen Kurfürsten“ Sandkaule 13.
Dortmund. Sonntag, den 7. Oktober, nachmittags 8 Uhr im Bahnhof, 2. Stock.
Duisburg. Samstag, den 22. Sept., abends 9 Uhr bei Loge 3.
Duisburg I. Sonntag, den 23. Sept., morgens 11 Uhr bei Koppenburg, Pankeierstraße.
Zahlstelle Biersheim. Sonntag, den 30. Sept., nachm. 5 Uhr bei Wirt Klüpper in Biersheim.
Essen-Altendorf. Sonntag, den 23. Sept., morgens 11 Uhr bei 4 in Versammlung mit Vortrag.
Berge-Forbeck. Sonntag, den 23. Sept., morgens 11 Uhr bei Portmann Versammlung mit Vortrag.
Forbeck-Schönebeck. Sonntag, den 23. Sept., morgens 11 Uhr bei Hausmann Versammlung mit Vortrag.
Gelsenkirchen-Bülte. Sonntag, den 23. Sept., morgens 11 Uhr bei Melchior, Hohenzollernstraße.
Kais. Sonntag, den 22. Sept., abends 9 Uhr bei Schorob. Bericht über die Generalversammlung in Nachen.
Mergel. Sonntag, den 23. Sept., nachm. 4 Uhr, im Lokale Jantulle, Versammlung mit Vortrag.
Weiden. Sonntag, den 23. Sept., nachm. 4 Uhr, im Lokale Haverkamp, Generalversammlung. Bericht über die Generalversammlung in Nachen.
Duisburger Verwaltung Mülheim a. Rh. Unsere regelmäßigen Versammlungen finden wie folgt statt:
Mülheim a. Rh. Am zweiten und letzten Sonntag im Monat bei Wehholz, morgens 10 1/2 Uhr.
Anrheim. Am 1. Sonntag, morgens 11 Uhr, bei Busch.
Mecheln. Am 3. Sonntag im Monat, morgens 11 Uhr, bei Schuhmacher.
Schneelocide. Am 1. Sonntag um 11 Uhr bei Groß.
Dellbrück. Am 2. Sonntag, morgens 11 Uhr, bei Mößbach.
Stammheim. Am 3. Sonntag im Monat, morgens 10 1/2 Uhr, bei Hent.
Ferner finden jeden Freitag vor dem letzten Sonntag im Monat um 7 Uhr abends bei Siebert an der Frankfurterstr., Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung statt. Am 2. Montag im Monat, abends 7 Uhr, Kartellversammlung bei Siebert.
Olsberg. Sonntag, den 23. Sept. bei Wirt Kropf gemeinsame Versammlungen der Ortsgruppen Olsberg und Wigge.
Oberhausen. Am Sonntag, den 30. Sept., nachmittags 4 1/2 Uhr Quartalsversammlung der Zahlstellen Oberhausen, Mülheim, Sterkrade, Dierfeld und Schwanenort im Lokale Mülheim in Sterkrade. Berichterstattung von der Generalversammlung. Alles muß zur Stelle sein.
Sterkrade. Sonntag, 23. Septbr., vormittags 11 Uhr Versammlung.
Willingen. Sonntag, den 30. Sept., nachmittags 2 Uhr Mitabendeversammlung im Löwen, (Rebenzimmer). Bericht des Kollegen Fehrenbach von der Generalversammlung. Alle Kollegen und Kolleginnen müssen erscheinen. Die geliehenen Bücher mitbringen.
Walfrum-Orson. Sonntag, den 23. Sept., morgens 11 1/2 Uhr, Versammlung bei Brüder.

Gewerkschaftssekretäre gesucht für die Bezirke Norddeutschland, Bezirk Hamburg, Süddeutschland, Bezirk Württemberg, Baden. Für den Bezirk Nürnberg und für das Saarrevier wird je ein Sekretär gesucht. Bewerber müssen längere Zeit dem Verbande angehören, redigierend und organisatorisch tüchtig, in schriftlichen Arbeiten sowie in der gewerkschaftlichen Buch- und Kassensführung erfahren sein. Kollegen, welche sich auf einen der Posten melden wollen, haben bis spätestens 15. Oktober ihre Bewerbung an den Verbandsvorsitzenden Wieber, Duisburg, Seitenstr. 19, unter Angabe der Gehaltsansprüche zu richten. Zur schriftlichen Probearbeit ist neben Lebenslauf und bisheriger Tätigkeit eine Abhandlung über: Die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten einzuwenden.

Veröffentlichung. In der Privatklage des Schlossers Franz Holzinger und des Mechanikers Georg Koesling, beide in Nürnberg, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Süßheim dahier gegen den Vorarbeiter Ludwig Gerl in Nürnberg, gebe ich als Vertreter der beiden Kläger auf Grund des am 4. August in öffentlicher Sitzung des kgl. Amtsgerichts Nürnberg abgeschlossenen Vergleiches bekannt: 1. Der Privatbeklagte hat sich heute überzeugt, daß der Vorwurf, die Privatkläger hätten wissentlich unwahre Angaben über die seitens der Direktion der Siemens-Schuckertwerke an der Maikier teilnehmenden Arbeitern angedrohten Maßnahmen gemacht, insbesondere den Arbeitern mitgeteilt, sie könnten an der Maikier teilnehmen, ohne ihre bisherigen Rechte zu verlieren, völlig grundlos ist, nimmt diesen Vorwurf unter dem Ausdruck des größten Bedauerns zurück und trägt die sämtlichen Kosten einschließlich der den Gegnern erwachsenen notwendigen Auslagen. 2. Den Privatklägern wird die Befugnis zuerkannt, vorstehende Erklärung auf Kosten des Privatbeklagten 1. in der Fränkischen Tagespost, 2. in der Nürnberger Volkszeitung und 3. in dem Deutschen Metallarbeiter binnen 14 Tagen nach Empfang einer Ausfertigung öffentlich bekannt zu machen. Dr. Süßheim, Rechtsanwalt.

„Das Reich“

Unabhängige, evangelische, nationale Berliner Tageszeitung für entschiedene Sozialreform. Erscheint als Nachauflage und wird mit den Abend Schnellzügen versandt. Enthält die Parlamentsberichte desselben Tages und alle Abends vorliegenden neuesten Nachrichten. Bezugspreis bei allen Postanstalten vierteljährlich 2,25 Mk., monatlich 75 Pfg., bei freier Zustellung ins Haus vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg. mehr. Probenummern versendet unentgeltlich bei Geschäftsstelle Berlin SW 61, Johannisstraße 6. Berichtet schnell und genau über alle Vorgänge in der christl.-nat. Arbeiterbewegung.

5. W. vor man unter „politischen“ Gegenständen alle Angelegenheiten zu verstehen, welche Verfassung, Verwaltung, Gesetzgebung des Staates betreffen. Sobald also Arbeiter-Organisationen um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, die Unterhandlung mit dem Arbeitgeber verfallen, und vielleicht Petitionen einreichen an die Parlamente, wenn sie überhaupt die Hilfe des Staates und seiner Organe in Anspruch nehmen, dann hören die Gewerkschaften auf, gewerbliche Organisationen zu sein, sie wandeln sich um in politische Vereine. Als solche unterliegen sie den Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes und dann ist den Frauen der Besuch der Versammlungen verboten. Man sieht daraus, daß es einer „arbeiterfreundlichen“ Behörde leicht ist, mit so beschriebenen Bestimmungen den Gewerkschaften Schwierigkeiten zu bereiten, indem man sie als politische Vereine stempelt. Das alles wissen die Sozialdemokraten ganz gut, allein man versucht eben alles, um den christl. Gewerkschaften das Böhmische Dorf „Zentrumsgewerkschaften“ aufzubürden. Allen parteipolitische Tätigkeit der Gewerkschaften steht anders aus. Z. B., wenn die Gewerkschaftsführer unter der Parteifuchtel stehen, und bei jeder Betätigung fragen müssen: „Was wird denn die Partei dazu sagen.“ Das Kapitel: Generalkrieg und Maikier besagt doch genug.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag wird sicher das Wort bekräftigt werden: Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften sind eins. Welche dem Gewerkschaftler, der gegen den Stachel zu lösen sucht. Bei den christlichen Gewerkschaften ist politische Partei und Gewerkschaften nicht eins, wie bei den Sozialdemokraten.

Oberhausen (Mhld). Einen schönen Erfolg haben die Arbeiter der Hütte Bielle-Montagne im Laufe der letzten Woche zu verzeichnen. Nachdem der christlich-soziale Metallarbeiterverband vor einem halben Jahre auf genannten Werke langsam, aber festen Fuß gefaßt, und bei den Arbeitern das Verständnis für die Organisation durchdrang, ist es mit Hilfe der Organisation gelungen, eine Bewegung zu gunsten der Arbeiter durchzuführen. Durch mehrere in letzter Woche abgehaltene Besprechungen und Versammlungen, wobei auch die Werkvertretung zugegen war, wurden die von den Arbeitern gestellten Forderungen bewilligt. Alle Arbeiter erhalten eine Lohnaufbesserung von 10 Prozent, die Schmiede 5 Prozent, außerdem ist verjüngtweise im Rüstwerk die achtstündige Schicht eingeführt worden. geüber 12stündiger Schicht. Dasselbe soll, wenn die Einrichtung sich bewährt, dauernd eingeführt werden. Es ist nach dem bis jetzt Erreichten gewiß, daß die verkürzte Arbeitszeit eine ständige bleiben wird. Diese ganze Bewegung zeigt, daß, wenn die Arbeiter sich einig sind, in der Organisation, und klug und besonnen vorgegangen wird, nicht immer zum Streit gegriffen werden braucht, und doch Erfolg erzielt werden. Öffentlich werden die Arbeiter diesen Erfolg auch zu würdigen wissen und dadurch angespornt sein, nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Mann der Organisation und in diesem Falle dem christlich-sozialen Metallarbeiter-Verband zugeführt wird.

Bibliothek.

Im Nachstehenden bringen wir ein Verzeichnis empfehlenswerter Schriften und Broschüren, deren empfehlenswerter Schriften und Broschüren, deren ganze oder teilweise Anschaffung wir unseren Kollegen die erste Serie, welche für den Betrag von 10 Mark zu haben ist, bei keinem Kollegen fehlen ohne geistige Fortbildung ist keine Hebung des Arbeiterstandes möglich.

- 1. Bibliothek im Preise von rund 10 M.
1. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter M. —15
2. Die Entwicklung der Volkswirtschaft M. —20
4. Baffermann und Giesberts: Die Arbeiterberufsvereine M. —20
5. Die englischen Gewerksvereine M. —15
6. Rhenanus: Christliche Gewerkschaften oder kath. Fachabteilungen M. —30
7. Protokoll des IV. Kongresses der christlichen Gewerkschaften M. —25
8. Protokoll des V. Kongresses der christlichen Gewerkschaften M. —25
9. Protokoll des deutschen Arbeiterkongresses in Frankfurt a. M. M. —25

- 10. Riegers. Sollen sich die Handwerksgehilfen den christlichen Gewerkschaften anschließen M. —15
11. Tarifverträge M. —15
12. Berlepsch: Warum betreiben wir Sozialreform? M. —40
13. Eptink: Die Klage vor den Amts-, Gewerbe- und Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung M. —60
14. Hize: Was Jedermann von der Invalidenversicherung wissen muß? M. —25
15. Führer durch das Gewerbeunfallversicherungsgesetz M. —25
16. Die Aufgaben der Arbeitervertreter in den Krankenkassen M. —15
17. Volkshilfsabende M. —40
18. Die geistige Bildung des Arbeiterstandes M. —40
19. Mäßigkeitsbestrebungen M. —20
20. Bedeutung und Organisation der Arbeiterkammern M. —20
21. Soziale Unterrichtskurse M. —15
22. Reichsarbeitsblatt (bei der Post zu abonnieren 1 M.) M. 1.—
23. Rosen: Grundsätze und Nutzen der Konsumvereine M. —35
24. Die Genossenschaftsbewegung der englischen Arbeiter M. —10
25. Die Genossenschaftsbewegung von H. Elm M. —20
26. Die soziale Bedeutung der Genossenschaften M. —50
27. Pöllath: Der Arbeiterschutz M. 1.—
28. Hize: Die Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung M. 1.—
29. Ortsübliche Tagelöhne M. —10
30. Handbuch der christlichen Gewerkschaften M. —75
31. Koch: Die Alkoholfrage M. —20

2. Bibliothek im Preise von rund 20 M.

- Die unter 1 verzeichneten Schriften M. 10.45
32. Moormeier: Das wirtschaftliche Leben der Völker in Vergangenheit und Gegenwart M. 1.50
33. Der gewerbliche Arbeitsvertrag nach deutschem Recht M. 1.—
34. Fuchs: Volkswirtschaftslehre M. —80
35. Biefmann: Kartelle und Trusts M. 1.—
36. Sombart: Gewerbewesen (erster und zweiter Teil) M. 1.60
37. Otto: Das deutsche Handwerk in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung M. 1.25
38. Meter: Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung M. 1.25
39. Blotke: Die Gewerbeinspektion in Deutschland M. 1.50

3. Bibliothek im Preise von rund 50 M.

- Die unter 1 und 2 verzeichneten Schriften M. 20.15
40. Hermer: Die Arbeiterfrage M. 11.—
41. Koch: Die deutsche Hausindustrie M. 1.—
42. Minoritätenvertretung und Proportionalwahl M. 1.—
43. Strafgesetzbuch für das deutsche Reich M. 1.20
44. Trimbora-Thissen: Die soziale Tätigkeit der Gemeinden M. 1.80
45. Stanzheimer: Die Arbeiterwohnungsfrage M. 2.—
46. Wilhelm: Gewerbeordnung (Arbeiterschutzgesetze) M. 3.—
47. Boedike: Das Krankenversicherungsgesetz M. 3.—
48. Boedike: Das Gewerbeunfallversicherungsgesetz M. 2.50
49. Boedike: Das Invalidenversicherungsgesetz M. 2.50
50. Bazille und Köstlin: Unser öffentliches Fürsorgewesen M. 1.—
51. Dr. Müller: Die christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands M. 4.—

Für größere Bibliotheken sind im Literaturverzeichnis des Handbuch der christlichen Gewerkschaften noch umfangreiche und empfehlenswerte Bücher verzeichnet. Bei evtl. Anschaffung derselben lese man sich daher mit dem Generalsekretariat Köln, Palmstraße 14 oder mit der Zentrale unseres Verbandes in Verbindung.

Bekanntmachung.

Der Ortsgruppe Bremen wird die Erlaubnis erteilt, einen Extra-Lokalbeitrag von 10 Pfg. wöchentlich und einen Extra-Quartalsbeitrag von 20 Pfg. zu erheben. Der Vorstand.